

**BUNDESPOLIZEI** 01 | 2022

49. Jahrgang  
ISSN 2190-6718

**kompakt**



# **Illegale Migration über Belarus**

**Die deutsch-polnische Grenze im Fokus der Bundespolizei**

# Liebe Leserinnen und Leser,



die erste Ausgabe der kompakt im Jahr 2022 beginne ich mit einer guten Nachricht: Das Größte ist bereits geschafft! Das meine ich nicht im Hinblick auf COVID-19, sondern auf unser Titelthema „Illegale Migration über Belarus nach Deutschland“. Die enormen Belastungen aller Kolleginnen und Kollegen an der deutsch-polnischen Grenze und für die gesamte Behörde sind seit Jahresende spürbar – und bislang anhaltend – zurückgegangen. Dabei dürften nicht zuletzt die Maßnahmen des polnischen Grenzschutzes und der Druck der Europäischen Union auf das Regime in Belarus ebenso eine Rolle gespielt haben, wie die Aufklärung der Menschen vor Ort. Auch der Präsident des Bundespolizeipräsidiums, Dr. Dieter Romann, fand dazu klare Worte. In einem Fernsehstatement, das im arabischen Raum großflächig ausgestrahlt wurde, wandte er sich insbesondere an die oftmals kurdischstämmigen im Irak lebenden Migrantinnen und Migranten. Diese sollten nicht Haus und Hof für eine unsichere Reise Richtung Deutschland verkaufen, um staatlich gelenkte Schleuser reich zu machen und selbst in den sumpfigen weißrussischen Urwäldern zu verenden. Wenn diese Lage etwas „Positives“ gehabt hat, dann „dass wir wieder näher mit dem polnischen Grenzschutz zusammengerückt sind, den wir in der schwierigen Situation unterstützen konnten“, berichtet ein Kollege. In eindrucksvollen Erfahrungsberichten schildern Beschäftigte der Bundespolizeidirektionen Bad Bramstedt, Berlin und Pirna, was sie im vergangenen Herbst und Winter erlebt haben (Seite 8 bis 19).

Welche Themen haben wir im aktuellen Heft noch für Sie? Im Grunde hat doch jede Medaille eine Kehrseite. Nehmen wir die Technik: Fluch und Segen gleichermaßen. Letzteres in Form eines Helpdesks auf dem Smartphone; der neuerdings für viele Streifenbeamtinnen und -beamte sehr nützlich ist, wie Sie ab Seite 25 lesen. Oder die Körperschutzausstattung: nicht die leichteste und lockerste Bekleidung, aber unter Umständen lebensrettend. Deren Neuentwicklung beschreibt kompakt ab Seite 32. Und schließlich geht es noch um echte Medaillen, die es derzeit zum Beispiel beim Biathlon zu gewinnen gibt. Aber nur, wenn das Gewehr exakt schießt. Was es dafür braucht, erfahren Sie ab Seite 40.

Und jetzt beende ich das Buchstabendrücken auf der Tastatur und drücke stattdessen feste die Daumen für all unsere Wintersportlerinnen und -sportler in Peking.

Ihre Helvi Abs  
Redaktion kompakt





*Bestreifung der grünen Grenze: Viele Migrantinnen und Migranten kletterten über Eisenbahnbrücken oder durchschwammen den Grenzfluss Oder, um nach Deutschland zu gelangen.*



# Inhalt 01 | 2022

## Titelthema

- 8 Illegale Migration über Belarus**  
Die deutsch-polnische Grenze im Fokus der Bundespolizei
- 10 Stark geht nur gemeinsam**  
Erfahrungen der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt
- 13 Gemeinsame deutsch-polnische Dienststelle in Pomellen**  
Interview mit Winfried Neumann
- 15 Täglich mehr als 100 Migranten**  
Erfahrungen der Bundespolizeidirektion Berlin
- 17 Für eine Vision bis zum Tod**  
Erfahrungen der Bundespolizeidirektion Pirna

## Einsatz

- 20 Illegale Prostitution aufgefliegen**  
Ermittlungsverfahren „Shop“
- 22 Zwischen Dauereinsatz und tragischen Schicksalen**  
Flucht aus Afghanistan
- 25 Helpdesk für Urkundenprüfungen und Lichtbildvergleiche**  
Beratung übers Smartphone

## Wir

- 28 Unsere Kollegen**  
Er spielte schon mit den ganz Großen
- 30 Ungewöhnliche Wege zum Dienst**  
Sport statt Stau – Skifahren mal anders
- 31 Kolumne**  
Auf Reisen



## Hintergrund

- 32 Neuentwicklung lebensrettender Körperschutzwesten**  
Aus der Praxis, für die Praxis
- 35 Neue Dienststellen in der Bundespolizei**  
111 Entwürfe für das neue Bundespolizeipräsidium in Potsdam
- 38 Was hat die neue Bundesregierung mit uns vor?**  
Die erste Ampelkoalition im Bund

## Zu guter Letzt

- 39 Neuerungen bei der Wohnungsfürsorge des Bundes**  
Soziale Kriterien stärker berücksichtigt
- 40 Materialprüfung in der Kältekammer**  
Anschießen für den Titel
- 41 Leserbriefe**
- 43 Was der BGS noch kannte ...**  
... Schlusszeiten und Verhalten in Offizierheimen

**Herausgeber**  
Bundespolizeipräsidium

**Redaktion**  
Helvi Abs (V.i.S.d.P.), Lea Benz, Achim Berkenkötter, Heike Bremer, Marcus Büchner, Benjamin Fritsche, Jürgen Glaub, Dennis Goldbeck, Fabian Hüppe, Sebastian Kalabis, Christian Köglmeier, Hanna Krause, Janine Lumtscher, Yvonne Manger, Michael Oginski, Elena Müller, Karina Pflumm, Stefanie Rutsch, Torsten Tamm, Enrico Thomschke

**Anschrift**  
Heinrich-Mann-Allee 103  
14473 Potsdam

**Telefon/Fax**  
0331 97997-9420/-9409

**E-Mail**  
redaktion.kompakt@polizei.bund.de

**Intranet Bundespolizei**  
infoportal.polizei.bund.de/kompakt

**Internet**  
bundespolizei.de/kompakt

**Lektorat**  
Anika Haink

**Layout, Satz & Foto**  
Barbara Blohm, Jacob Maibaum, Jennifer Späth, Alexandra Stolze, Sarah Viebach  
Bundespolizeipräsidium  
Referat 66 - Medien

**Druck**  
Firma Appel & Klinger  
Druck und Medien GmbH  
96277 Schneckenlohe

**Auflage**  
10500

**Erscheinung**  
sechsmal jährlich

**Bundespolizei-Stiftung**  
Informationen unter [www.bundespolizei.de](http://www.bundespolizei.de)

Wir danken allen Beteiligten für ihre Mitarbeit. Für den Inhalt der Beiträge sind grundsätzlich die Verfasserin oder der Verfasser verantwortlich. Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wider. Alle Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck und Vervielfältigung außerhalb der Bundespolizei nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf Datenträgern. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge und Leserbriefe zu kürzen.

**Redaktionsschluss dieser Ausgabe**  
7. Dezember 2021

**Informationen zum behördlichen Datenschutz** finden Sie unter: [bundespolizei.de/datenschutz](http://bundespolizei.de/datenschutz)

**Bildnachweis:** alle Bilder Bundespolizei, außer: S. 6 pixabay.com; S. 20-21 picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild | Paul Zinken; S. 25, 39 Freepik.com; S. 29 (u. 1.) Claus Bach; S. 38, picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Markus Schreiber

# Abschied

---

Dekan Dr. Peter Wehr

Wir gedenken am Anfang des Jahres der Bundespolizeiangehörigen, die im Jahr 2021 verstorben sind. Wir mussten Abschied nehmen. Mit dem Tod verbinden sich Trauer und Schmerz. Viele Menschen verstummen angesichts des Lebensendes. Doch was kann uns trösten?

Mit den Namen unserer Verstorbenen verbinden sich Erinnerungen. Erinnern wird sich dabei ein jeder aus seiner Perspektive. Dankbar dürfen die Familien, Angehörigen, aber auch wir als Kolleginnen und Kollegen für

all das Gute sein, das wir von denen, die von uns gegangen sind, erfahren haben.

Der Tod ist das Ende des Lebens. Eines Lebens, so wie wir es kennen. Letztlich ist der Tod eine Bedrohung. Denn was nach dem Sterben passiert, wissen wir nicht. Doch hoffen und glauben, dass der Tod nicht das Ende sei, dürfen wir. Denn Menschen aller Generationen taten dies.

„Lehre uns bedenken, dass wir sterben müssen, auf das wir klug

werden.“ So steht es in der Bibel im Psalm 90. Aus der Perspektive des Endes lässt sich sehen, wie kostbar das Leben ist. Denn die Tage und die Jahre mit all den Erfahrungen, die wir machen, sind kostbar. Doch begrenzt ist die gegebene Zeit. Es scheint, als ob uns das Leben anvertraut ist.

Daher soll dem Tod nicht das letzte Wort gehören. Möge das Vermächtnis unserer Verstorbenen in unseren Herzen bewahrt sein.

Wir gedenken unserer im vergangenen Jahr im aktiven Dienstverhältnis verstorbenen Kolleginnen und Kollegen.

Tarifbeschäftigte <b>Gabriele Mielke</b> im Alter von 61 Jahren	Polizeihauptmeister <b>Holger Hahnke</b> im Alter von 59 Jahren	Polizeihauptmeister <b>Joachim Thomas</b> im Alter von 61 Jahren	Polizeimeister <b>Lennart Andreas Karl Prill</b> im Alter von 25 Jahren
Fluggastkontrollkraft <b>Andrea Alli</b> im Alter von 57 Jahren	Polizeimeister <b>Gabor Hartard</b> im Alter von 26 Jahren	Polizeihauptmeister <b>Uwe Finck</b> im Alter von 60 Jahren	Polizeikommissaranwärter <b>Marcel Engels</b> im Alter von 27 Jahren
Tarifbeschäftigte <b>Leoni Lang</b> im Alter von 46 Jahren	Polizeihauptmeister <b>Jochen Kühne</b> im Alter von 60 Jahren	Polizeihauptkommissar <b>Nils-Henning Stache</b> im Alter von 51 Jahren	Tarifbeschäftigter <b>Uwe Thiebach</b> im Alter von 59 Jahren
Polizeioberkommissar <b>Thorwald Reinhold</b> im Alter von 53 Jahren	Tarifbeschäftigter <b>Silvio Fulgraff</b> im Alter von 59 Jahren	Tarifbeschäftigte <b>Linda Wagner</b> im Alter von 36 Jahren	Polizeioberkommissar <b>Christoph Ernst Josef Hohmann</b> im Alter von 52 Jahren
Polizeihauptmeister <b>Michael Szipior</b> im Alter von 60 Jahren	Erster Polizeihauptkommissar <b>Holger Lösch</b> im Alter von 61 Jahren	Polizeihauptkommissar <b>Peter Pretzl</b> im Alter von 50 Jahren	Polizeikommissaranwärter <b>Dr. Jörg Ulrich Seeliger</b> im Alter von 41 Jahren
Polizeihauptmeister <b>Klaus Paukert</b> im Alter von 59 Jahren	Polizeihauptmeister <b>Sven Siebel</b> im Alter von 52 Jahren	Polizeihauptmeisterin <b>Elke Löffler</b> im Alter von 58 Jahren	Tarifbeschäftigter <b>Andreas Pfeiffer</b> im Alter von 53 Jahren
Polizeihauptmeister <b>Wolfgang Meier</b> im Alter von 59 Jahren	Polizeioberkommissar <b>Bernd Hoffmann</b> im Alter von 52 Jahren	Polizeihauptkommissar <b>Robert Amel</b> im Alter von 59 Jahren	Bundespolizeiliche Unterstützungskraft <b>Mario Jäger</b> im Alter von 50 Jahren
Polizeihauptmeister <b>Frank Nevermann</b> im Alter von 61 Jahren	Tarifbeschäftigte <b>Elke Wiechmann</b> im Alter von 62 Jahren	Polizeihauptmeister <b>Peer Sperlich</b> im Alter von 48 Jahren	Regierungshauptsekretär <b>Wieland Schilf</b> im Alter von 48 Jahren
Fluggastkontrollkraft <b>Hans-Gerhard Schöttler</b> im Alter von 67 Jahren	Polizeiobermeister <b>Thomas Forst</b> im Alter von 40 Jahren	Polizeihauptkommissar <b>Andreas Pogorszelski</b> im Alter von 58 Jahren	Polizeihauptkommissar <b>Thomas-Ewald Schenck</b> im Alter von 60 Jahren
Polizeihauptmeister <b>Holger Schranz</b> im Alter von 58 Jahren	Polizeihauptkommissar <b>Marcus Wolf</b> im Alter von 50 Jahren	Polizeimeister <b>Joscha Flügge</b> im Alter von 28 Jahren	Polizeihauptmeister <b>Jürgen Warnke</b> im Alter von 53 Jahren
Polizeihauptmeister <b>Heiko Pohl</b> im Alter von 60 Jahren	Polizeihauptmeister <b>Frank Simon</b> im Alter von 57 Jahren	Erster Polizeihauptkommissar <b>Holger Rosenthal</b> im Alter von 62 Jahren	Bundespolizeiliche Unterstützungskraft <b>Uwe Haase</b> im Alter von 57 Jahren
Polizeihauptmeister <b>Marc Gerdes</b> im Alter von 51 Jahren	Polizeihauptmeister <b>Mike Laurer-Bürger</b> im Alter von 51 Jahren	Polizeihauptmeister <b>Ingo Schlamann</b> im Alter von 55 Jahren	Bundespolizeiliche Unterstützungskraft <b>Ria Tabel</b> im Alter von 59 Jahren
Regierungsamtsinspektorin <b>Josefine Stüsser-Bury</b> im Alter von 61 Jahren	Polizeihauptmeister <b>Thomas Jörg</b> im Alter von 60 Jahren	Tarifbeschäftigter <b>Matthias Häntsche</b> im Alter von 61 Jahren	Polizeihauptkommissarin <b>Claudia Thalmann</b> im Alter von 54 Jahren
Regierungsamtsinspektor <b>Uwe Scheffler</b> im Alter von 53 Jahren	Polizeihauptmeister <b>Josef Senft</b> im Alter von 60 Jahren	Polizeihauptmeister <b>Diego Scholtka</b> im Alter von 55 Jahren	Regierungshauptsekretär <b>Roland Krzyzaniak</b> im Alter von 63 Jahren
Erster Polizeihauptkommissar <b>Rainer Zimmermann</b> im Alter von 57 Jahren	Polizeimeister <b>Patrick Goldmann</b> im Alter von 32 Jahren	Polizeihauptkommissar <b>Holger Schweitzer</b> im Alter von 54 Jahren	Tarifbeschäftigter <b>Jens Borsdorf</b> im Alter von 58 Jahren
Polizeioberkommissar <b>Michael Behrendt</b> im Alter von 59 Jahren	Polizeihauptmeister <b>Klaus Wenzlokat</b> im Alter von 58 Jahren	Tarifbeschäftigter <b>Roland Gerhard Lutz</b> im Alter von 61 Jahren	
Polizeimeister <b>Henrik Schön</b> im Alter von 24 Jahren	Polizeihauptmeister <b>Uwe Fuchs</b> im Alter von 54 Jahren	Polizeioberkommissar <b>Marc Jesse</b> im Alter von 47 Jahren	



*Temporär eingeführte Grenzkontrollen in Frankfurt (Oder)*



Die deutsch-polnische Grenze im Fokus der Bundespolizei

# Illegale Migration über Belarus

Text Torsten Tamm

Seit Mai 2021 benutzt das belarussische Regime Migrantinnen und Migranten als Druckmittel gegen ihre westlichen Nachbarn. War zunächst vor allem Litauen von der illegalen Migration betroffen, so erhöhte sich im August der Druck auf Polen. Die vergangenen Monate zeigten, dass diese Entwicklung einen großen Einfluss auf die Arbeit der Bundespolizei hat. Gab es von Januar bis Juli 2021 nur 26 unerlaubt eingereiste Personen mit einem Belarus-Bezug, so ist die Bundespolizei an der deutsch-polnischen Grenze seit August einem großen Migrationsdruck ausgesetzt. Hohe Aufgriffszahlen binnen eines Tages forderten besonders die Angehörigen der Bundespolizeidirektionen Bad Bramstedt, Berlin und Pirna enorm. So verzeichneten im Jahr 2021 allein diese drei Dienststellen 11 109 der bundesweit 11 228 unerlaubten Einreisen mit einem Bezug zu Belarus. Dabei stellte die Mehrzahl der festgestellten Migrantinnen und Migranten Asylanträge in dem festen Glauben an ein besseres Leben in Deutschland.

kompakt ist der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen die Lage an der deutsch-polnischen Grenze auf die betroffenen Behörden bisher hatte und wie sie diese im Einzelnen bewältigten.

Erfahrungen der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt

# Stark geht nur gemeinsam

Text Torsten Tamm

So weit das Auge reicht, überall dichte Wälder und weite Wiesen. Das ist der etwa 50 Kilometer lange Abschnitt der deutsch-polnischen Grenze im Nordosten Deutschlands. Von Ahlbeck auf der Insel Usedom bis nach Pomellen an der Autobahn 11 sind die Angehörigen der Bundespolizeiinspektion Pasewalk (BPOLI PW) mit Gemeinsamer deutsch-polnischer Dienststelle Pomellen für den Grenzschutz zuständig. Seit dem Schengen-Beitritt Polens im Jahr 2007 gibt es hier grundsätzlich keine stationären Grenzkontrollen mehr. Ein ruhiger und beschaulicher Grenzabschnitt. Doch dies sollte sich im Spätsommer 2021 abrupt ändern.



*Einreisekontrolle am ehemaligen  
Grenzübergang Pomellen*

**O**ktober 2021: Pasewalker Bundespolizisten stoppen an einem Samstagmorgen am Ortseingang Boock einen polnischen Kleintransporter. Dieser hatte kurz vorher die Grenze bei Blankensee passiert. Am Steuer sitzt ein 34-jähriger polnischer Staatsbürger. Als die Einsatzkräfte die seitliche Schiebetür des Fahrzeuges öffnen, trauen sie ihren Augen nicht. Auf der Ladefläche befinden sich auf engstem Raum zusammengedrängt 31 Menschen – 19 Männer, 2 Frauen und 10 Kinder – irakische, syrische und türkische Staatsangehörige.

### Keine einfache Situation

Igor Weber, Sprecher der BPOLI PW, erinnert sich: „Die Menschen saßen auf dem blanken Blechboden, befanden sich in einem schlechten Allgemeinzustand und waren zum Teil nur mit zeretzten Wärmedecken bekleidet, die sich sonst in Sanitätskästen von Autos befinden. Die Kinder trugen verschlissene feuchte Schuhe. Die Füße waren zum Teil in Alufolie eingewickelt und wund.“

Das waren die Bilder, mit denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundespolizei im Nordosten Deutschlands seit August 2021 verstärkt zurechtkommen mussten. Besonders der Zustand der Kinder bewegte ihre Gemüter und ließ niemanden kalt. Viele der älteren Kolleginnen und Kol-

legen fühlten sich an den Beginn der 1990er Jahre erinnert, als osteuropäische Migrantinnen und Migranten illegal über die Grenze kamen und die Schleuser Hochkonjunktur hatten. Doch im Gegensatz zu damals hat sich der Modus Operandi merklich geändert. Die heutigen Migrantinnen und Migranten sind untereinander sehr gut vernetzt und werden über ihre Smartphones per GPS gelenkt.

### Die Lage spitzt sich zu

Ab August 2021 nahm die Anzahl der Menschen, die unerlaubt die Grenze überschritten, auch im Bereich der BPOLI PW stetig zu. Waren es im September etwa 300, so passierten im Oktober bereits rund 700 Menschen unerlaubt die Grenze nach Mecklenburg-Vorpommern. Hinter ihnen lag oft ein anstrengender und beschwerlicher Weg. Wie reagierten die Angehörigen der Bundespolizei auf den sprunghaften Anstieg der illegalen Grenzübertritte in ihrer Region und wie konnten sie ihn bewältigen?

Die größte Herausforderung war es, die Bewältigung der Migrationslage mit dem sich ständig weiterentwickelnden Infektionsgeschehen der COVID-19-Pandemie in Einklang zu bringen. Dabei bestand auf der einen Seite der Anspruch, die unerlaubt eingereisten Personen zu registrieren, Schleuser zu überführen und Straftäter

unter den Migrantinnen und Migranten zu identifizieren. Auf der anderen Seite stand der höchstmögliche Schutz der eigenen Beschäftigten im Hinblick auf das Pandemiegeschehen. Trotz hoher Motivation aller Kolleginnen und Kollegen stieß die Dienststelle mit einem Altersdurchschnitt von 53 Jahren zunehmend an ihre personellen und materiellen Grenzen. Bis zum Eintreffen der angeforderten Verstärkungskräfte aus anderen Dienststellen der Bundespolizei im September konnten die Aufgaben nur in einem 12-Stunden-Schichtbetrieb erfüllt werden. Rückblickend stellt Jürgen Köhler, Inspektionsleiter der BPOLI PW, fest: „Ich bin stolz auf das professionelle und engagierte Handeln meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der für uns nicht einfachen Zeit.“

### Eine Bearbeitungsstraße fehlt

Die Sachverhalte konnten zunächst nur in den vorhandenen Diensträumen der BPOLI PW abgearbeitet werden. Dienstzimmer fungierten als Vernehmungsräume, in den Fluren schraubten die Angehörigen der Inspektion Klappstühle an die Wände und stellten durch das Technische Hilfswerk (THW) bereitgestellte Feldbetten auf. Die Einsatztrainingshalle diente als Unterkunft. Angehörige der Bundespolizeiabteilung Blumberg und des THW errichteten im Innenhof der BPOLI PW drei beheizbare Zelte als Warteräume.



Angehörige der Bundespolizeiabteilung Ratzburg befragen in der Bearbeitungsstraße Pasewalk die unerlaubt eingereisten.



Im Innenhof der Dienststelle wurden drei beheizbare Zelte als Warteräume errichtet.



*Igor Weber (links), Pressesprecher der Bundespolizeiinspektion Pasewalk, steht August Modersohn, DIE ZEIT, Rede und Antwort.*



*Sichtung von Ermittlungsakten in der Bearbeitungsstraße Pasewalk*

Für die Vielzahl von Feststellungen und die weiten Entfernungen im Zuständigkeitsbereich der BPOLI PW waren höhere Transportkapazitäten notwendig.

#### **Unterstützung von allen Seiten**

Gerade in dieser schweren Situation funktionierte die Zusammenarbeit mit der Direktion Bundesbereitschaftspolizei, der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern, dem THW, der Feuerwehr und den verschiedenen Landesbehörden der Region vorbildlich. Die gegenseitige Unterstützung bei der Bewältigung der Lage musste nicht eingefordert werden, sie war selbstverständlich. Exemplarisch ist der Beitrag des Deutschen Roten Kreuzes e. V. (DRK). Sammelten anfangs noch die Beamtinnen und Beamten der BPOLI PW Kleidung für die Bedürftigen, so stellte mittlerweile das DRK den Großteil an Kleidung zur Verfügung. Auch viele Vereine im Landkreis Vorpommern-Greifswald beteiligten sich.

Große Unterstützung erhielt die Bundespolizei seitens der Einwohner des Grenzraumes, die nicht selten mit ihren Hinweisen dazu beitrugen, dass illegal Eingereiste festgestellt werden konnten. Dabei bewährte sich der enge Kontakt der BPOLI PW zu den benachbarten Gemeinden. Der Inspektionsleiter und die Präventionsbeamtinnen und -beamten der

BPOLI PW standen seit Beginn der Migrationslage im ständigen Dialog mit den Vertreterinnen und Vertretern sowie den Präventionsräten der Ämter und Gemeinden. Schließlich war die Situation auch für die Einwohner ungewohnt. Anfängliche Bedenken der Bevölkerung konnten so sehr früh ausgeräumt werden. Angehörige der Inspektion nahmen an der Sitzung des Netzwerkes Migration Greifswald teil und erläuterten den unterschiedlichsten Vereinen die Migrationslage an der deutsch-polnischen Grenze. Dabei stieß die Arbeit der Bundespolizei auf eine hohe Akzeptanz. Jürgen Köhler konnte mit gutem Gewissen auf die Frage, welche Probleme nicht zu lösen sind, antworten: „Die Bundespolizei ist sehr erfahren im Umgang mit solchen Lagen und gut aufgestellt. Wir haben die Migration hier gut im Griff!“

#### **Entlastung der Einsatzkräfte**

Das Eintreffen der Verstärkungskräfte aus der Direktion Bundesbereitschaftspolizei und der Mobilen Kontroll- und Überwachungseinheit der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt sowie die Errichtung einer Bearbeitungsstraße auf dem Gelände der BPOLI PW im September 2021 entlasteten die Angehörigen der Inspektion erheblich. Besonders positiv wirkte sich die Einrichtung einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe mit der Bundespolizeiinspektion Kriminalitäts-

bekämpfung Rostock aus, in deren Folge erste Haftbefehle gegen Schleuser erwirkt werden konnten.

Auch die Zusammenarbeit mit den polnischen Behörden bewährte sich in der Bewältigung der Migrationslage. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinsamen deutsch-polnischen Dienststelle Pomellen rückten näher zusammen und stimmten sich noch enger ab, vom Streifendienst bis in die Leitungsebene.

Egal ob fachlich, logistisch oder personell: Von Beginn der Migrationslage an erfuhr die BPOLI PW Hilfe aus allen Inspektionen und Stabsbereichen der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt. Aber auch andere Direktionen unterstützten tatkräftig – beispielsweise Ermittler aus Stuttgart oder Techniker aus Hannover.

Ob nun Ermittlungsbeamte oder Kraftfahrer – nur gemeinsam konnte die Lage bewältigt werden. ■

## Interview mit Winfried Neumann

# Gemeinsame deutsch-polnische Dienststelle in Pomellen

Das Interview führte **Torsten Tamm**

**Winfried Neumann ist Koordinator der Gemeinsamen deutsch-polnischen Dienststelle Pomellen (GdpD POM). Er fungiert mit seinem Team als Bindeglied zwischen der Bundespolizeiinspektion Pasewalk mit Gemeinsamer deutsch-polnischer Dienststelle Pomellen (BPOLI PW – GdpD POM) und dem polnischen Grenzschutz Stettin.**

Zusammen mit seinem polnischen Pendant, Katarzyna Pabin, ist er für die interne Organisation und Dienstdurchführung aller Angehörigen der GdpD Pomellen verantwortlich. Zu der Dienststelle gehört auch ein sogenannter Überstellungspunkt. Dessen Hauptaufgabe besteht in der Überstellung von Personen bei Zurückschiebungen und Abschiebungen sowie bei Auslieferungen aufgrund europäischer Haftbefehle. Eingehende Anfragen deutscher und polnischer Behörden werden an die zuständigen Stellen im In- und Ausland weitergeleitet.

**kompakt** sprach mit Winfried Neumann über die Entwicklung der illegalen Migration mit Bezug zu Belarus an der deutsch-polnischen Binnengrenze im Bereich der BPOLI PW – GdpD POM.

**Lieber Winfried, wann hast Du als Koordinator der GdpD Pomellen bemerkt, dass sich die Lage zuspitzt?**

Erste Anzeichen dafür gab es bereits im Mai 2021. Unsere Verbindungsbeamten im Baltikum und in Warschau wiesen darauf hin, dass mit einer verstärkten Migration aus Belarus über die litauische Grenze zu rechnen ist. Wiederholte Nachfragen bei unseren polnischen Partnern zeigten, dass es einen leichten Anstieg der Feststellungen von Migrantinnen und Migranten an der litauisch-polnischen Grenze gab, der allerdings keinen Widerhall in unserem Zuständigkeitsbereich fand. Im August kam es dann zu einem spürbaren Anstieg der Feststellungen von Migrantinnen und Migranten, die über Belarus und Polen nach Deutschland geschleust wurden.

**Was waren nach Deiner Einschätzung die größten Herausforderungen?**

Die hohe Anzahl festgestellter Migrantinnen und Migranten stellte in der Anfangsphase die größte Herausforderung dar. Schnell stießen wir mit den vorhandenen Ressourcen an unsere Grenzen – personell, materiell und auch logistisch. Es mussten Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen und Transportkapazitäten vorgehalten werden. Die Dienstdurchführung des Stammpersonals der BPOLI PW – GdpD POM wurde zunächst auf zwölf Stunden umgestellt. Mit der Ausländerbehörde und dem Gesundheitsamt mussten wir Vereinbarungen treffen, wie mit Migrantinnen und Migranten zu verfahren ist, die positiv auf COVID-19 getestet wurden.

Allerdings zeigte sich in dieser Situation, wie effizient die manchmal etwas behäbigen Behörden des öffentlichen Dienstes von Bund und des Landes Mecklenburg-Vorpommern bei der Bewältigung derartiger Lagen zusammenarbeiten können. Lösungen wie beispielsweise bei der COVID-19-Testung der unerlaubt Eingereisten konnten schnell gefunden werden.

Innerhalb kürzester Zeit konnte die BPOLI PW – GdpD POM mit tatkräftiger Unterstützung der Bundespolizeiabteilungen Blumberg und Ratzeburg, dem Referat 52 des Bundespolizeipräsidiums, dem Technischen Hilfswerk sowie der Freiwilligen Feuerwehr Pasewalk eine Bearbeitungsstraße einschließlich der dazugehörigen Logistik errichten.



Winfried Neumann

**Wie lief die Zusammenarbeit mit dem polnischen Grenzschutz?**

Seit vielen Jahren gibt es eine hervorragende Zusammenarbeit zwischen dem polnischen Grenzschutz und der Bundespolizei in unserem Bereich. Im Zuge der Migration über Belarus vertiefte sich diese weiter. Der Kommandant der Dienststelle des polnischen Grenzschutzes Stettin stand in ständigem Kontakt mit uns und fragte wiederholt nach, wie wir als BPOLI PW – GdpD POM gemeinsam mit seiner Dienststelle die Migrationslage noch besser bewältigen können. Wir vereinbarten, dass ein täglicher Austausch der Kräftelage im Einsatzraum erfolgt, um so gemeinsam einen besseren Schutz der Binnengrenze zu gewährleisten. Diese Maßnahme hat sich bewährt und ist mittlerweile ein fester Bestandteil der täglichen Arbeit.



Winfried Neumann (rechts) und Katarzyna Pabin, die Koordinatorin des polnischen Grenzschutzes

**Wurde die gemeinsame Dienststelle in die Bearbeitungsstraße eingebunden?**

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GdpD Pomellen waren nur temporär in die Abläufe der Bearbeitungsstraße eingebunden. Zugeordnete Einsatzkräfte der Direktion Bundesbereitschaftspolizei und der Mobilen Kontroll- und Überwachungseinheit der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt betrieben hauptsächlich die Bearbeitungsstraße.

**Wie sieht die Bevölkerung die Arbeit der Bundespolizei?**

Die Bevölkerung im grenznahen Raum sah die Tätigkeit der Bundespolizei vorwiegend positiv. Natürlich ist ihnen der verstärkte Einsatz von Kräften der Bundespolizei und der Polizeihubschrauber nicht entgangen. Die Bevölkerung zeigte für unsere Maßnahmen größtenteils Verständnis. Viele Bewohnerinnen und Bewohner informierten uns und gaben Hinweise zum Aufenthalt von Migrantengruppen in unserem Einsatzraum. Die BPOLI PW – GdpD POM hatte von Anfang an einen guten Kontakt zu den Gemeinden in der Region. Unsere Präventionsbeamten standen nicht nur mit den Präventionsräten der Gemeinden, sondern auch mit der Bevölkerung in einem regen Informationsaustausch.

**Welches war aus Deiner Sicht ein besonderes Ereignis der vergangenen Monate?**

Ende November 2021 erkannte eine Streife der Bundespolizei in unmittelbarer Nähe der ehemaligen Grenzübertrittsstelle für den kleinen Grenzverkehr Blankensee auf polnischer Seite einen Pkw, aus dem mehrere Personen ausstiegen. Der Fahrer machte mit seinem Handy augenscheinlich Fotos von der Gruppe, sodass die Vermutung nahelag, dass es sich um die Dokumentation einer Schleusung handelt. Die Streife begab sich daraufhin zu dem Fahrzeug auf polnischem Gebiet zur Aufklärung der Situation. Der Fahrer stellte sich als ukrainischer Staatsangehöriger heraus, der versuchte, sechs Iraker nach Deutschland zu schleusen. Die herbeigerufenen Einsatzkräfte des polnischen Grenzschutzes und der Gemeinsamen deutsch-polnischen Dienststelle übernahmen den Sachverhalt. Dabei versuchten drei der Personen zu fliehen. Schnell konnten die polnischen Kollegen eine flüchtige Person stellen. Mit Hilfe eines auf deutscher Seite eingesetzten Bundespolizeihubschraubers konnten Angehörige der GdpD Pomellen der zweiten Person habhaft werden. Dem dritten Flüchtigen gelang es allerdings, sich auf deutsches Hoheitsgebiet zu

begeben. Die sofort eingeleitete Fahndung und Hinweise aus der Bevölkerung führten zum Erfolg. Eine Streife der Bundespolizei stellte die Person in der Ortslage Blankensee.

Dieser Sachverhalt ist nur ein Beispiel für die funktionierende Zusammenarbeit zwischen Bundespolizei, polnischem Grenzschutz und Bevölkerung.

**Was hat sich Deiner Meinung nach in letzter Zeit etabliert und was sollte künftig verbessert werden?**

Die deutsch-polnische Zusammenarbeit hat sich bei der Bewältigung der Migrationslage Belarus bewährt und konnte noch verbessert werden, wie zum Beispiel im Hinblick auf die Kräfftelage.

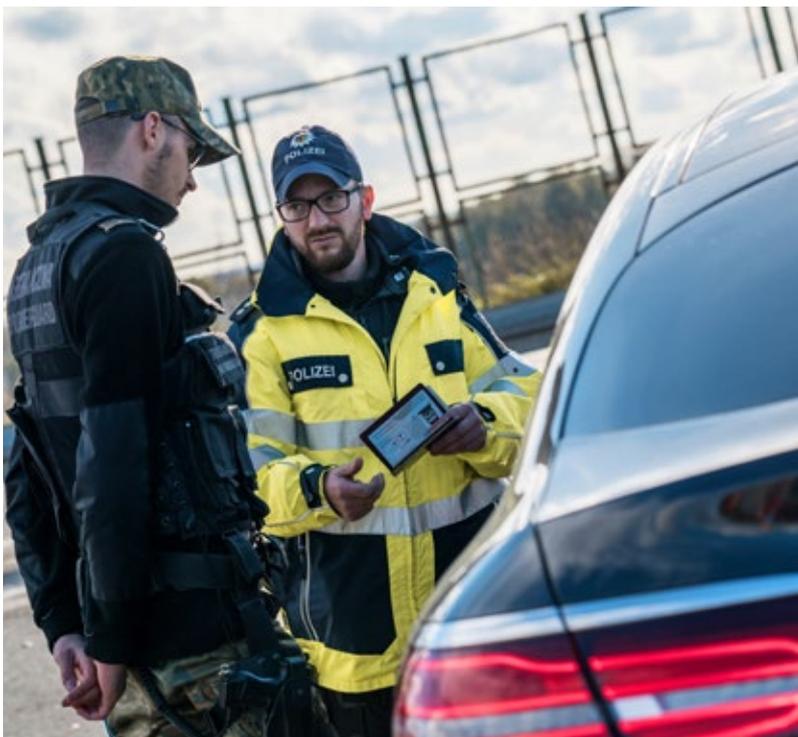
Dass dabei die Motivation der Angehörigen in der GdpD Pomellen eine Rolle spielt, ist selbstverständlich. Die Bundespolizistinnen und -polizisten versehen ihren Dienst dort freiwillig und funktional. Im Gegensatz zum polnischen Grenzschutz ist es hier bisher nicht gelungen, die Stellen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GdpD Pomellen im Organisations- und Dienstpostenplan zu etatisieren. Dieser Umstand ist nicht unbedingt förderlich. Insofern erfüllt mich die hohe Motivation meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der GdpD Pomellen mit Stolz.

Momentan versehen 17 Angehörige der Bundespolizei ihren Dienst in der GdpD Pomellen. 30 Bedienstete sollen es gemäß Polizeivertrag zukünftig sein. Also haben wir noch Luft nach oben. Besonders wichtig bei der Personalgewinnung ist aus meiner Sicht eine schon vorhandene Sprachkompetenz, mit der sprachliche Barrieren bei den gemeinsamen Streifen gar nicht erst aufkommen und so eine optimale Zusammenarbeit gewährleistet werden kann.

**Vielen Dank Winfried, dass Du Dir die Zeit für uns genommen hast. ■**



Registrierung eines Migranten



Fahrzeugkontrolle der gemeinsamen deutsch-polnischen Streife

## Erfahrungen der Bundespolizeidirektion Berlin

# Täglich mehr als 100 Migranten

Text **Stefanie Rutsch**

Im Spätsommer 2021 stellte die Bundespolizei vermehrt Migrantinnen und Migranten an der östlichen Grenze Deutschlands fest. Bei den Personen handelte es sich vornehmlich um irakische Staatsangehörige, die über Belarus und Polen versuchten nach Deutschland einzureisen. Im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizeidirektion (BPOLD) Berlin – mit ihren Inspektionen Angermünde, Frankfurt (Oder) und Forst – trafen täglich bis zu 130 Menschen ein. Oftmals gelangten sie über Straßen- und Eisenbahnbrücken nach Deutschland oder durchschwammen den Grenzfluss Oder, meist mithilfe von Schleusern.

Das alles wirbelte den dienstlichen Alltag der Kolleginnen und Kollegen ganz schön durcheinander. Aufgefundene Schlafstätten in Wäldern, Migrantinnen und Migranten, die in kleinen Ortschaften herumirrten oder Lkw, in denen bis zu 40 Personen zusammengedrängt über die Grenze verbracht wurden, gehörten nun zum dienstlichen Alltag der Einsatzkräfte.

### Viele Herausforderungen

Bei Kontrollen konnten die Menschen häufig keine Identitätspapiere vorwei-

sen. Oft wurden diese zuvor verbrannt, in die Kleidung eingenäht oder einige Seiten aus den Reisepässen herausgetrennt. Um diesen Herausforderungen begegnen zu können, nutzte die BPOLD Berlin ein System, das die Bearbeitung der festgestellten Personen effektiv lenken und koordinieren sollte: die Bearbeitungsstraße.

Einen zentralen Ort für die Bearbeitung gab es bislang nicht und so wurde hierfür zunächst das Gelände der Zentralen Ausländerbehörde in Eisen-

hüttenstadt gewählt. Da ein Großteil der Menschen einen Asylantrag stellte, konnte dieser im Anschluss an die polizeiliche Sachbearbeitung durch die Bundespolizei direkt an die Ausländerbehörde übergeben werden.

### Bearbeitungsstraße

Anfangs wurden in Eisenhüttenstadt provisorische Zelte errichtet, die die Migrantinnen und Migranten durchließen. Ab dem 2. November nutzte man eine Lagerhalle im Frankfurter Ortsteil Markendorf und erweiterte dadurch

die Raumkapazitäten. Auch hier befindet sich eine Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.

In einem ersten Schritt wurden unter Mitwirkung der Migrantinnen und Migranten freiwillige Corona-Schnelltests durchgeführt. Bei einem positiven Testergebnis oder bei erkennbaren Symptomen wurden die betroffenen Personen separiert und durch Ärztinnen und Ärzte medizinisch versorgt. Anschließend wurden die Personen durch Einsatzkräfte durchsucht, um beispielsweise Identitätspapiere oder Aufzeichnungen aufzufinden, die Anhaltspunkte für eine Schleusung bieten könnten. In Vernehmungen konnten zielgerichtet Schleusungszusammenhänge erkannt werden. Zudem bildeten die Vernehmungen oftmals die Grundlage, um Familien zusammenzuführen, die von Schleusern auf ihrem Weg nach Deutschland getrennt wurden. Die so erlangten Informationen nutzten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung Berlin (BPOLI KB B), um Haftgründe für Schleuser zu verdichten und Ermittlungen zu intensivieren.

#### Enge Zusammenarbeit

All das erfolgte unter der Ägide der Bundespolizeiinspektion Polizeiliche Sonderdienste<sup>1</sup> (BPOLI PSD). Alle Einsatzkräfte – hierunter die der Bundes-

polizeiinspektionen mit angebundener Gemeinsamer deutsch-polnischer Dienststelle Swiecko, der BPOLI KB B und der Bundesbereitschaftspolizei – waren der PSD unterstellt. Hier hatte die Mobile Kontroll- und Überwachungseinheit (MKÜ) den „Hut“ auf, die zeitweise von der Bundesbereitschaftspolizei unterstützt wurde. Damit bei der Registrierung der „Ankömmlinge“ nichts durcheinandergeriet, musste jede Person an dem diensthabenden Einheitsführer vorbei. Und das war auch gut so! Denn so wurde der Überblick über alle Bearbeitungsschritte behalten.

Innerhalb dieser Bearbeitungsstruktur wurde schutz- und kriminalpolizeilich Hand in Hand gearbeitet. Nicht immer verlief alles reibungslos, da die Sachverhalte aus der Bearbeitungsstraße innerhalb des Regelbetriebes bewältigt werden mussten. Aber durch das hohe Engagement aller Kolleginnen und Kollegen konnten die Herausforderungen gut bewältigt werden. ■

<sup>1</sup> Die Dienststelle setzt sich in der Bundespolizeidirektion Berlin aus der Reiterstaffel, der Mobilien Kontroll- und Überwachungseinheit Berlin und den Szenenkundigen Beamten zusammen.



Aufgefundene Schlafstätte im Wald



Bearbeitungsstraße in einer Lagerhalle im Frankfurter Ortsteil Markendorf



Kontrolle eines Kleintransporters



## Erfahrungen der Bundespolizeidirektion Pirna

# Für eine Vision bis zum Tod

Text Janine Lumtscher

Es war an einem Freitagmorgen im Oktober 2021, als die Information in der Leitstelle der Bundespolizeidirektion (BPOLD) Pirna einging: „Einschleusen von Ausländern mit Todesfolge“ lautete die Meldung, durch die das Ausmaß der Migrationslage an der sächsisch-polnischen Grenze einen tragischen Höhepunkt fand. Fortwährend steigende Aufgriffszahlen, menschliche Schicksale und dienstliche Anforderungen stellten auch die BPOLD Pirna vor Herausforderungen.

Kurz nach acht Uhr konnte die Notärztin nur noch den Tod des jungen Irakers feststellen. Zuvor durchgeführte Reanimationsversuche der Bundespolizisten vor Ort blieben erfolglos. Der leblose Körper lag verdeckt neben dem weißen Transporter, in welchem der flüchtige Fahrer an diesem Morgen 21 weitere Migranten aus Belarus über Polen nach Deutschland eingeschleust hat. Über Wochen waren Bundespolizistinnen und Bundespolizisten im Dauereinsatz an der deutsch-polnischen Grenze. Die Verhinderung und Bearbeitung von Straftaten im Zusammenhang mit illegaler Migration gehören zum dienstlichen Alltag der Beamtinnen und Beamten vor Ort. Doch an Tagen wie diesen sind alle Beteiligten weit entfernt von der gewohnten professionellen Routine.

### Rapider Anstieg unerlaubter Einreisen

Aus der Hoffnung, der Verzweiflung und dem Glauben an ein besseres Leben schlagen sie Profit. Professionell agierende Schleuserorganisationen locken tausende Menschen ohne Rücksicht auf das Schicksal der Einzelnen nach Europa. Instrumentalisiert durch aktuelle weltpolitische Ereignisse begeben diese Menschen sich auf eine illegale und vor allem lebensgefährliche Reise. Dieses Phänomen ist auch an der sächsisch-polnischen Grenze deutlich spürbar. Die Feststellungen unerlaubt eingereister Personen über Belarus und Polen nach Sachsen stiegen seit Beginn des zweiten Halbjahres 2021 rapide an. Die illegale Migration im Zusammenhang mit einem Voraufenthalt in

Belarus galt seitdem als Brennpunkt in der grenzpolizeilichen Aufgabenwahrnehmung der Bundespolizei. Mitunter dreistellige Aufgriffszahlen binnen eines Tages stellten besonders die Bundespolizeiinspektion (BPOLI) Ludwigsdorf personell, materiell und logistisch vor enorme Herausforderungen. Mit einer Grenzlinie von knapp 100 Kilometern entlang der Neiße und einem der meistgenutzten Grenzübergänge, der Autobahn 4, nördlich der Stadt Görlitz, rückte die Inspektion in den Fokus der Entwicklungen.

„Der schnelle Anstieg der Feststellungszahlen sowie komplexer Schleuserorganisationen machte es in den ersten Wochen unmöglich, in Fahndung, Bearbeitung und Ermittlung ‚vor die Lage‘ zu kommen. Hier ist jede

Kollegin und jeder Kollege an und über die eigene Belastungsgrenze hinausgegangen“, erklärt Bernd Förster, Leiter Einsatz/Auswertung in der BPOLI Ludwigsdorf. Um die Lage bewältigen zu können, unterstützten wechselnde Kontingente aller neun weiteren Inspektionen der BPOLD Pirna im Rahmen von 12-Stunden-Schichten. Hinzu kamen Beamtinnen und Beamte der Mobilen Kontroll- und Überwachungseinheit sowie Züge der Direktion

**„Ich bin mir sehr wohl bewusst, dass auf Sie emotional belastende Bilder und der Bearbeitungsdruck ungefiltert wirken.“**

**Olaf Töteberg,  
Leiter der Bundespolizei-  
inspektion Ludwigsdorf**

Bundesbereitschaftspolizei aus der gesamten Republik und Ermittlungsbeamtinnen und -beamte aus anderen Direktionen.

„Die Zusammenarbeit mit allen Kräften, egal ob Einsatzhundertschaft oder Stammpersonal, hat sehr gut geklappt“, berichtet Jana Heinritz, Gruppenleiterin aus der 250 Kilometer entfernten BPOLI Klingenthal. „Uns wurde an jeder Stelle freundlich und hilfsbereit begegnet, und da spreche ich nicht nur für mich, sondern auch für die anderen Kolleginnen und Kollegen.“

#### **Schicksale und Emotionen**

Es mag für Außenstehende abgestumpft klingen, wenn die Bundespolizei von „Bearbeitungsstraßen“ spricht, die die aufgegriffenen Personen schrittweise durchlaufen. Auch wenn die Abläufe weitestgehend automatisiert und optimiert sind, stecken hinter jedem einzelnen dieser Schritte Schicksale und Emotionen.

„Ich bin mir sehr wohl bewusst, dass auf Sie emotional belastende Bilder und der Bearbeitungsdruck ungefiltert wirken“, so formulierte es Olaf

Töteberg, Inspektionsleiter der BPOLI Ludwigsdorf, in seinem Brief an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am 15. November 2021. Gezeichnet von den katastrophalen Transporten werden überwiegend irakische Migrantinnen und Migranten unweit der polnischen Grenze auf deutschem Hoheitsgebiet festgestellt oder abgesetzt und ihren Schicksalen überlassen. Viele Bundespolizistinnen und Bundespolizisten können sich aufgrund eigener Erfahrungen aus anderen Einsätzen mittlerweile sehr gut vorstellen, was es bedeutet, in all diese Abläufe involviert zu sein. Auch wenn die Prozesse den Vorschriften entsprechend routiniert vorstattengehen, so ist die Arbeit mit den Menschen alles andere als eine schematische Abwicklung. Menschlichkeit und Professionalität sind zwei der Schlüsselwörter für die Bewältigung dieser Lage.

„Als sich die Belarus-Lage entwickelte, fehlte es an vielen Dingen“, schildert Michael Engler, Sachbearbeiter Öffentlichkeitsarbeit der BPOLI Ludwigsdorf. Schnelle und unkomplizierte Unterstützung war insbesondere für die Kinder bedeutsam, auch wenn es nur Kleinig-



Die Landespolizei Sachsen unterstützte bei der Todesfallermittlung.



*Luftaufnahme vom Tatort in Schöpstal (Sachsen)*



*Festnahme eines Schleusers*



*Aufgefundener irakischer Reisepass*

keiten waren. „Wir übergaben Buntstifte und Malhefte aus den eigenen Kinderzimmern. Andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchforsteten die privaten Bestände und stellten Plüschtiere und Kleidung zur Verfügung.“

#### **Intensivierte Fahndungs- und Ermittlungsarbeit**

Seit Beginn der Lage intensivierte die BPOLD Pirna die Fahndungsmaßnahmen im Grenzgebiet zu Polen. Die Aufgabe der Beamtinnen und Beamten vor Ort ist es, jegliche Gefahren für Leib oder Leben abzuwehren, Straftaten zu verfolgen und vor allem auch umfangreiche Erkenntnisse zu den Täterstrukturen sowie Organisationen im Hintergrund zu ermitteln. Schleusungsstraftaten werden rigoros verfolgt, wodurch bereits eine überdurchschnittlich hohe Anzahl an Untersuchungshaftbefehlen erwirkt werden konnte.

Ein beachtliches Resultat guter Ermittlungsansätze und europäischer Polizeizusammenarbeit war die Festnahme des flüchtigen Fahrers des Schleusungsfahrzeugs in Amsterdam, welcher sich nun des Einschleusens von Ausländern mit Todesfolge in Deutschland verantworten muss.<sup>1</sup> Auch durch Fahndungserfolge wie diesen leistet die Bundespolizei ihren Beitrag zur Eindämmung der illegalen Migration aus Belarus. Wie lange dieses Phänomen an der sächsisch-polnischen Grenze andauern wird, kann niemand vor Ort beantworten. Aus den Reihen der eingesetzten Beamtinnen und Beamten kommt dennoch der entschlossene Wille, diese Herausforderung bestmöglich zu meistern. ■

<sup>1</sup> *Einschleusen von Ausländern mit Todesfolge am 29. Oktober 2021 in Schöpstal (BPOLI Ludwigsdorf), Festnahme des geflüchteten Fahrers des Schleusungsfahrzeugs am 11. November 2021 in Amsterdam (Niederlande).*

**„Als sich die Belarus-Lage entwickelte, fehlte es an vielen Dingen.“**

**Michael Engler,  
Sachbearbeiter  
Öffentlichkeitsarbeit der  
Bundespolizeiinspektion  
Ludwigsdorf**



*Einsatzkräfte bereiten sich auf die Durchsuchung vor.*

## Ermittlungsverfahren „Shop“

# Illegale Prostitution aufgefliegen

Text **Stefanie Rutsch**

**Das Landgericht Berlin verurteilte Ende 2021 eine vietnamesische Staatsangehörige wegen des gewerbsmäßigen Einschleusens von Ausländern zu viereinhalb Jahren Freiheitsstrafe. Sie führte mehrere Massagesalons und bot dort illegale Prostitution in Hinterzimmern an. Die Hauptbeschuldigte legte das Rechtsmittel der Revision gegen das Urteil ein.**

Die Ermittlungen begannen im Sommer 2020 und fußten auf anonymen Schreiben, die an verschiedene Bundespolizeidienststellen in Berlin, Pirna und Frankfurt (Oder) sowie an die Gemeinsame Ermittlungsgruppe Schleuser des Landeskriminalamtes Berlin und der Bundespolizei versendet wurden. Aufgrund der übermittelten Hinweise entstand der dringende Verdacht des Einschleusens von Ausländern und der Zwangsprostitution. Schauplätze der Straftaten waren ein „Bordell“, das in einer Wohnung betrieben wurde, und ein Massagesalon

in Berlin. Den Schreiber nach konnte der Verfasser Interneta zu der illegalen Prostitution preisgeben. Darin wurde genau beschrieben, wie in dem benannten Salon zwischen einer regulären Massage und dem „Extraservice“ gewählt werden konnte. Auch schilderte er, welche Klingel betätigt werden musste, um Zutritt zum „Wohnungsbordell“ in einem Berliner Hochhaus zu erhalten. Erste Ermittlungen bestätigten diesen Verdacht, sodass im Auftrag der Staatsanwaltschaft Berlin die Ermittlungen durch die Bundespolizeiinspektion Krimina-

litätsbekämpfung Berlin (BPOLI KB B) aufgenommen wurden.

### **Berlin und Timmendorfer Strand**

Als ehemalige Inhaberin des benannten Massagesalons in Berlin konnte die eingangs genannte vietnamesische Staatsangehörige identifiziert werden. Zum Zeitpunkt der Ermittlungen war sie jedoch nicht mehr als Geschäftsführerin für den Massagesalon verantwortlich, sondern ein deutscher Bekannter von ihr. Sie betrieb derweil einen weiteren Massagesalon in der Ortschaft Timmendorfer Strand. Die

BPOLI KB B ermittelte, dass beide Niederlassungen in einschlägigen Internetforen und auf Facebook als Prostitutionsstätten beworben wurden, in welchen ganztätig Mitarbeiterinnen vietnamesischer Herkunft ihre Dienste anboten. Hinsichtlich des „Wohnungsbordells“ konnte mit Hilfe verdeckter technischer Maßnahmen ebenfalls der Verdacht der Prostitution untermauert werden. Als Wohnungsnutzer wurden zwei unerlaubt aufhältige vietnamesische Frauen identifiziert, die regelmäßig verschiedene Männer für sexuelle Gefälligkeiten empfangen.

Für die Ermittler stellte sich die Frage, ob das „Wohnungsbordell“ und die Massagesalons mit der Betreiberin in Zusammenhang gesetzt werden konnten oder ob es sich um parallel agierende Organisationen handelte.

### Illegale Prostitution auch im „Lockdown“

Bereits vor den Ermittlungen der BPOLI KB B stellten die Strafverfolgungsbehörden in Berlin und Schleswig-Holstein bei Kontrollen von Massagesalons – über mehrere Jahre hinweg – unerlaubte Aufenthalte vietnamesischer Staatsangehöriger fest. Offiziell wurden Fingernägel manikürt oder Massagen angeboten, auf Nachfrage inklusive eines unrechtmäßigen Extraservice im Hinterzimmer. So gingen illegal beschäftigte Mitarbeiterinnen der Prostitution sowohl in Berlin als auch in Timmendorfer Strand nach – selbst während der zeitweisen Kontaktbeschränkungen in der Corona-Pandemie. Augenscheinlich machte sich keiner der Beteiligten Gedanken über ein ansteckendes Virus.



Die Frauen schliefen und lebten in den Hinterzimmern. Denn ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland bestand immer die Gefahr, von den Behörden entdeckt und abgeschoben zu werden. Die Hauptbeschuldigte versorgte sie mit Medikamenten und der „Pille danach“, damit ihre Mitarbeiterinnen immer einsatzbereit waren. Auch Lieferdienste wurden angeboten. Die Prostituierten wurden dann zu den Freiern nach Hause gefahren, um so „kundenfreundlich“ das Angebot zu erweitern.

### Haftstrafe für die Hauptbeschuldigte

Letztlich konnte nach der Festnahme der Hauptbeschuldigten und der Auswertung der Asservate kein Zusammenhang zwischen den Massagesalons und dem „Wohnungsbordell“

hergestellt werden. Bei der Durchsichtung des „Bordells“ stellten die Ermittler lediglich mehrere Personen fest, die aufgrund aufenthaltsrechtlicher Verstöße der Ausländerbehörde zugeführt wurden. Eine kriminelle Organisation konnte jedoch nicht aufgedeckt werden. Die Hauptbeschuldigte sitzt für die Dauer des Revisionsverfahrens in Haft und hofft, dass das Urteil abgemildert wird. Ob sie nach dem Verbüßen ihrer Strafe ihre Geschäfte wieder einem illegalen Kodex anpasst oder sich an deutsche Gesetze hält, bleibt abzuwarten. ■

---

## Vietnamesen in Berlin

Die vietnamesische Gemeinschaft in Berlin ist riesengroß! Seitens der Strafverfolgungsbehörden wird von einer hohen Dunkelziffer an unerlaubt aufhältigen vietnamesischen Staatsangehörigen in Deutschland ausgegangen.

Bei ihrer „Arbeit“ genießen sie keinerlei arbeitsrechtlichen Schutz. Gehaltszahlungen und Arbeitsstunden können daher „arbeitsgeberfreundlich“ festgelegt werden! Zugleich ist die Verhandlungsposition der potenziellen Prostituierten sehr eingeschränkt. Eine offizielle Erwerbstätigkeit ist ihnen nicht gestattet und eine Ausbildung können sie erfahrungsgemäß nicht vorweisen. Die Prostitution ist oft die einzige Alternative, die auch mit Sprachbarriere ausgeübt werden kann.

Denn Fakt ist: Der Schleuserlohn muss abgearbeitet werden!

---



Registrierung der ankommenden Passagiere

Ankunft am Flughafen Frankfurt am Main



# Flucht aus Afghanistan

## Zwischen Dauereinsatz und tragischen Schicksalen

Text **Lea Benz**

**Es ist ein warmer Sommertag im August 2021. Die Sonne scheint durch die Fenster des soeben gelandeten Flugzeugs am Flughafen Frankfurt am Main. Routiniert wird die Fluggastbrücke an der Maschine angelegt. Dass es kein normaler Flug ist, das wird den eingesetzten Bundespolizisten schnell bewusst, als sich die Flugzeigtüren öffnen. Es ist das erste Flugzeug von vielen weiteren, das für die Menschen an Bord nach der Flucht aus Afghanistan das Überleben bedeutet. Zwei Wochen lang standen die Bundespolizei und zahlreiche weitere Behörden und Organisationen vor immensen Herausforderungen.**

Gerade einmal 40 Stunden hatte die Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt am Main (BPOLD FRA) zur Vorbereitung dieser besonderen Einsatzlage. Es ist der 18. August 2021, 3:34 Uhr, als der kleine Amir mit seiner Familie aus dem Flieger mit insgesamt 132 Passagieren steigt. Die Angst und die Erschöpfung stehen ihnen ins Gesicht geschrieben. Bei sich haben sie nur die Kleidung, die sie am Leibe tragen. Es sind Familien mit Kindern und Neugeborenen, alte Menschen, aber auch Reisende mit körperlichen und geistigen Einschränkungen. Darunter auch einige mit Kriegsverletzungen, Schusswunden oder Ähnlichem. Und doch überwiegt bei allen erkennbar die Zuversicht: Sie haben es geschafft. Sie alle konnten kurz nach der Machtübernahme der Taliban aus Afghanistan fliehen und haben mit ihrer Evakuierung aus Kabul die Chance auf einen Neuanfang erhalten.

Für Amir und seine Familie geht es nun zur Erstregistrierung. In der anschließenden Bearbeitungsstraße, die die Bundespolizei gemeinsam mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) betreibt, werden die Personen fahndungsmäßig überprüft, erkennungsdienstlich behandelt – also Fingerabdrücke und Lichtbilder aufgenommen – und in das Ausländerzentralregister aufgenommen. Daraufhin kann die Erteilung der Ausnahmvisa für die legitimierte Einreise nach Deutschland erfolgen.

### Die Abläufe im Hintergrund

Der Regelbetrieb am Frankfurter Flughafen in Corona-Zeiten mit rund 130 000 Reisenden täglich läuft stetig weiter. Auch im Evakuierungs-Terminal herrscht aufgrund des Sommerreiseverkehrs Hochbetrieb. Die Einsatzkräfte haben es in Spitzenzeiten mit bis zu 900 Migranten pro Tag zu tun. Im Hintergrund agiert der Führungsstab der BPOLD FRA gemeinsam mit den beteiligten Behörden und Organisationen. Planung und Koordination, Aufbau der Bearbeitungsstraßen und Überprüfung – an all den Maßnahmen sind neben den eigenen Kräften auch Polizistinnen und Polizisten der Bundesbereitschaftspolizei und der Direktion Koblenz sowie anderer Bereiche eingesetzt. Zusätzlich sind Landespolizei, Zoll, Bundeswehr, Feuerwehr, Jugendamt, Deutsches Rotes Kreuz und die Flughafenseelsorge beteiligt – auch der Flughafenbetreiber Fraport und die Fluggesellschaft Lufthansa sind in den Einsatz involviert. Sie stellen die Räume bereit, versorgen und betreuen die Evakuierten. Ein enormer logistischer Aufwand, der alle an ihre Grenzen bringt.

Doch außergewöhnliche Situationen erfordern außergewöhnliche Maßnahmen: So unterstützen Beamtinnen und Beamte vom Standortservice der Bundespolizeiabteilungen Hünfeld und Bad Bergzabern bei der Organisation von Lebensmitteln und Hygieneartikeln. Insgesamt kommen so Tausende Brötchen und Wasserflaschen, Hunderte Kilo Obst sowie unzählige warme Mahl-

zeiten und Paletten mit Babynahrung zusammen. Aber auch Kleidung und Spielsachen sind zwingend notwendig. Diese werden in großen Mengen von den vielen Helferinnen und Helfern gespendet. Darüber freut sich auch Amir. Er nimmt den Polizei-Teddy, den ihm ein junger Kollege schenkt, freudestrahlend in seine Arme.

### Tausende Schicksale

Während der kleine Amir mit anderen Kindern in der Spielecke sitzt und Bilder malt, wird deutlich, was die Menschen in Afghanistan durchgemacht haben müssen. In den Zeichnungen verarbeiten sie das Erlebte, malen Waffen, Kriegssituationen und Menschen mit Verletzungen. Dieses Schicksal ereilte auch Amirs Vater. Während die Familie auf den Transfer in die Erstaufnahmeeinrichtung wartet,



*Führungsstab in der Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt am Main*



Wartebereich im Terminal 2



Zahlreiche Spenden



Freude bei den afghanischen Kindern über die Polizei-Teddys

wird seine Schussverletzung am Bein, die er sich bei der Flucht zuzog, von medizinischem Fachpersonal des Deutschen Roten Kreuzes und der Flughafenklinik professionell versorgt. Den Dolmetscherinnen und Dolmetschern – sie kommen unter anderem von der Bundespolizei, der Bundeswehr, dem BAMF und von der Lufthansa – erzählt er von seinen Erlebnissen in Kabul. Es sind Schicksale, die unter die Haut gehen. Doch genau diese treiben die Helferinnen und Helfer immer weiter an, auch wenn sie oft an ihre Belastungsgrenzen stoßen. Damit auch sie das Erlebte verarbeiten können, stehen ihnen die Kolleginnen und Kollegen der

Seelsorge und des Sozialwissenschaftlichen Dienstes rund um die Uhr für Gespräche und eine psychologische Betreuung zur Seite.

**Geschafft!**

Es ist so weit, für Amir und seine Familie steht der Transfer in die Erstaufnahmeeinrichtung nach Rheinland-Pfalz an. Ab hier übernimmt die Bundeswehr das Kommando. Ein letztes Mal dreht sich der kleine Junge um und winkt den Helferinnen und Helfern zu. Mit einem leisen, aber hoffnungsvollen „Danke“ wendet er sich ab und steigt in den Bus. Ein Fall von vielen, die im Gedächtnis bleiben werden.

Nach zwei Wochen Dauereinsatz mit mindestens 33 Evakuierungsflügen können alle Beteiligten zunächst innehalten. Einen derartigen Einsatz hat es am Flughafen Frankfurt am Main noch nicht gegeben. Mehr als 4 500 Reisende mit unterschiedlichen Schicksalen, die wieder einmal gezeigt haben, wie wichtig die Arbeit der Bundespolizei ist und auch bleiben wird. So dauerte es nicht lange, ehe die nächsten Familien aus Afghanistan den Flughafen erreichten ... ■





Als europäisches Projekt richtet sich JETs in Action auch an Partnerstaaten und multinationale Teams.



Die Beratung erfolgt noch vor Ort, während der Kontrolle.

„Es ist wieder ein Projekt, dass die europäischen Polizeien näher zusammenschließen lässt.“

**Mathias Schaef,**  
Projektleiter

wissen haben die Beraterinnen und Berater auch Zugriff auf verschiedene Recherchesysteme.

Einen Mindeststandard, um den Helpdesk zu kontaktieren, gibt es nicht. Das Angebot richtet sich sowohl an besonders geschulte als auch an unerfahrene Kolleginnen und Kollegen in allen Kontrollsituationen gleichermaßen. Der erste Verdacht eines Urkundendelikt oder eines Dokumentenmissbrauchs reicht aus, auch ohne eine konkrete Beschreibung. Und auch wenn das eigene Prüfungsergebnis nur noch einmal bestätigt werden soll, unterstützen die Fachleute des Helpdesks jederzeit gern.

#### Schnelle Kommunikation

Die App „Urkundenberatung“ ist auf dienstlichen Smartphones verfügbar. Eine Beratung durch den Helpdesk



Das Informationsvideo zu JETs in Action (Englisch):  
[www.bundespolizei.de/jets-in-action](http://www.bundespolizei.de/jets-in-action)

erfolgt noch vor Ort, während der Kontrolle. Dazu können aufgenommene Bilder des verdächtigen Dokuments einfach aus der App heraus an den Helpdesk übermittelt werden. Dies gilt auch für das Gesichtsbild der kontrollierten Person und für die ausgelesenen Informationen, die auf dem Chip des Ausweisdokuments gespeichert sind. Die Daten können zudem kommentiert werden. Nach wenigen Minuten erfolgt durch den Helpdesk ein Anruf mit einer Beratung. Die Urkundenberatungs-App wurde in der Abteilung für Informations- und Kommunikationstechnik des Bundespolizeipräsidentiums entwickelt. Neben der Einhaltung der Sicherheitsstandards war die Anwenderfreundlichkeit im Streifendienst maßgeblich.

Auch bei der Schulung für die App ging die Bundespolizei neue Wege. Neben persönlichen Einweisungen



Den Urkundenprofis stehen verschiedene Analyse- und Recherchesysteme zur Verfügung.

in den Dienststellen wurden viele Anwenderinnen und Anwender in deutschlandweiten Videokonferenzen geschult. Dazu wurden zu verschiedenen Tageszeiten und Wochentagen eine Vielzahl von Terminen angeboten. Alle Interessierten hatten so die Möglichkeit, eine Einweisung zu einem gewünschten Termin zu erhalten. Inzwischen ist im Intranet auch ein E-Tutorial zur Urkundenberatungs-App und der Funktionsweise des Helpdesks verfügbar. Dieses wurde in Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle E-Learning der Bundespolizeiakademie erstellt.

#### Eine erste Bilanz

Aktuell ist der Helpdesk montags bis sonntags von 7 bis 19 Uhr besetzt. Das Beratungsangebot kann auch ohne Smartphone mittels E-Mail und telefonisch wahrgenommen werden.



Mit der App werden alle zur Beratung notwendigen Daten erhoben.

**„Polizeivollzugsbeamte können mit der Urkundenberatungs-App ohne Mitnahme der Person zur Dienststelle und ohne schriftlichen Antrag eine Dokumentenprüfung vornehmen.“**

**Thomas Drexler,  
EMPACT Action Leader**



Auf Anfragen reagiert der Helpdesk bereits nach wenigen Minuten.

Dadurch wird zudem sichergestellt, dass andere europäische Staaten von der Beratung der Urkunden- und Lichtbildexpertinnen und -experten profitieren können. Mittlerweile hat auch die spanische Nationalpolizei einen eigenen Helpdesk. Das Schweizer Bundesamt für Polizei prüft gerade die Einrichtung für die Kantonspolizeien.

Allein in den ersten 8 Monaten wurden mehr als 500 Anfragen an den Helpdesk gestellt. Dabei wurden 137 Dokumente als wahrscheinlich ge- oder verfälscht eingestuft. In 7 Fällen wurde zudem ein Dokumentenmissbrauch vermutet. Anfragen zu gefälschten Impfausweisen wurden hier noch nicht verzeichnet. Das liegt daran, dass die Ausweise in der Regel echt sind. Besteht der Verdacht, dass Einträge in ihnen fachlich falsch

sein könnten, werden die Chargennummern der COVID-19-Impfstoffe überprüft. Diese Möglichkeit haben die Einsatzkräfte selbst. Der Helpdesk hat ausschließlich eine Beratungsfunktion. Die Bearbeitungen der Feststellungen und die abschließenden Entscheidungen erfolgen dann ausschließlich vor Ort in den zuständigen Bundespolizeiinspektionen oder Kriminaltechnischen Diensten.

Auch am Hauptbahnhof Freiburg im Breisgau wurde die Streife durch den Helpdesk unterstützt. Es stellte sich heraus, dass die Identitätskarte eine Totalfälschung war. Der Mann wollte sich damit vermutlich vor einem internationalen Haftbefehl schützen, der seit zwei Jahren gegen ihn bestand. Ein Foto der Identitätskarte und ein Anruf beim Helpdesk reichten, um diesen Verdacht der Streife zu bestätigen. ■



**Dieses Projekt wird aus Mitteln des Fonds für die innere Sicherheit der Europäischen Union kofinanziert.**

### **Erreichbarkeit des Helpdesk der Bundespolizei**

Der Urkunden-Helpdesk ist von Montag bis Sonntag von 7 bis 19 Uhr besetzt.

Telefon: +49 331 97997-3025

E-Mail: [urkundenhelpdesk@polizei.bund.de](mailto:urkundenhelpdesk@polizei.bund.de)

# Unsere Kollegen

## Er spielte schon mit den ganz Großen

Peter Inagawa (57), Musiker im Bundespolizeiorchester Berlin

Text Heike Bremer

**Peter Inagawa hat schon mit etlichen bekannten Größen der Musikbranche auf der Bühne gestanden. Manfred Krug, das Glenn Miller Orchestra, Veronika Fischer, Phil Gould (Level 42) und Gregor Meyle sind nur einige davon. Seit 16 Jahren ist er Musiker im Bundespolizeiorchester Berlin und spielt dort Bassgitarre und Kontrabass.**

Das Fundament für Peters musikalische Karriere wurde bereits im Kindesalter gelegt. Sein Vater, Musiklehrer an einer Schule in Thüringen, brachte ihm früh das Klavierspielen bei. Auf dem Gymnasium wurde Peter Mitglied der Schulband, wo er durch Zufall seine Leidenschaft für die Bassgitarre entdeckte.

Nach dem Abitur studierte er Musik, zunächst in Dresden und später in Weimar. „Etwas anderes kam für mich nie in Frage“, sagt Peter. Während dieser Zeit lernte er, Kontrabass zu spielen. Was zunächst als schulisches Pflichtprogramm begann, entwickelte sich bald zu Peters zweiter instrumentaler Liebe.

Mit einem Schmunzeln im Gesicht erinnert sich Peter an seine mit Bestnote bestandene Abschlussprüfung. Sein Lehrer kam zu ihm und sagte: „Als Sie damals Ihre Aufnahmeprüfung gemacht haben, dachte ich: ‚Mein Gott, spielt der beschissen.‘“

Als Mitglied der Band „Mr. Adapoe“ in den 1980er Jahren entdeckte Peter seine Passion für Blues- und Jazzmusik. Nachdem die Band zunächst auf Hinterhöfen auftrat, entwickelte sie sich rasch zu einem echten Highlight der DDR-Blues-Szene. Platten zu produzieren war zu der Zeit nicht so einfach, sodass die Bekanntheit der Band nur aus den zahlreichen Livekonzerten resultierte. Ein Höhepunkt war der Auftritt 1988 bei den „Friedenswochen der Berliner Jugend“. Auf der ehemaligen Radrennbahn Berlin-Weißensee konnte „Mr. Adapoe“ als Vorband von „The Wailers“<sup>1</sup> und von James Brown



2018 trat Peter im „Blue Note“, einem Jazzclub in Peking, mit der brasilianischen Sängerin Barbara Mendes auf.



Auftritt mit der Big Band des Bundespolizeiorchesters Berlin, gemeinsam mit dem Soul- und Gospelsänger Kirk Smith – bekannt aus der Castingshow „The Voice of Germany“

geschätzte 200 000 Zuschauerinnen und Zuschauer begeistern.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands übernahm Peter als Dozent den Bassunterricht an der Universität in Weimar, später wechselte er nach Berlin. Parallel dazu schloss er ein klassisches Musikstudium ab und verfeinerte seine musikalischen Fähigkeiten und sein Repertoire.

Die folgenden Jahre waren von zahlreichen Auftritten auf der ganzen Welt geprägt. So trat Peter in New York mit dem berühmten Jazzsänger Mark Murphy und dem Schlagzeuger Eric Harland auf, spielte mit Manfred Krug das Album „Der Weihnachtskrug“ ein, begleitete das Glenn Miller Orchestra, Gregor Meyle und verschiedene deutsche Philharmonie-Konzerte.

<sup>1</sup> Jamaikanische Reggae-Band, der Bob Marley bis zu seinem Tod angehörte.

Als Musiker auf Kreuzfahrtschiffen bereiste er zudem zahlreiche Länder.

Ein wichtiges berufliches Standbein ist bis heute die Einspielung von Musikstücken im Tonstudio. Als Studiobassist spielte er beispielsweise bei Aufnahmen für Otto Waalkes, Michael Kelly, DJ Ötzi und The Voice of Germany.

2005 wurde er auf die Bundespolizei aufmerksam. Auf einer privaten Feier lernte Peter ein Mitglied des Bundespolizeiorchesters Berlin kennen, der sofort sein Interesse für eine freie Stelle weckte. Den Wechsel hat er bis heute nicht bereut. „Ich bin von der Arbeit begeistert, hier läuft alles sehr menschlich.“

„20 Prozent Talent und 80 Prozent Arbeit“, so beschreibt Peter das Rezept seiner erfolgreichen Karriere. Er übt täglich mehrere Stunden, um seine Fähigkeiten weiter zu verbessern. „Wer versucht, nur sein Niveau zu halten, der hat schon verloren.“ ■

**„Bei Konzerten findet ein Energieaustausch zwischen den Musikerinnen und Musikern und dem Publikum statt. Da ist es egal, ob du vor 1 000 Leuten oder vor 20 spielst.“**

*Peter Inagawa*



Die Big Band des Bundespolizeiorchesters Berlin spielte 2021 in Waren-Müritz vor mehr als 500 Zuschauerinnen und Zuschauern. Peter (3. v. l.) am Kontrabass



Peter (1. v. l.) mit seiner Band „Mr. Adapoe“ – 1989



Auftritt mit der Big Band des Bundespolizeiorchesters Berlin im September 2020 auf der Freilichtbühne in Berlin-Friedrichshagen



## Sport statt Stau – Skifahren mal anders

Herausforderung des Arbeitsweges an frostigen Wintertagen

Text Elena Müller

**Zu Hause ins Auto – kurze Zeit später Ankunft in der Dienststelle oder im Büro? Ganz so einfach sind die Arbeitswege vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundespolizei oftmals nicht. Manche fahren täglich mit einem Schiff oder legen bemerkenswerte Strecken mit dem Fahrrad zurück. Andere wiederum joggen zur Arbeit oder nutzen die Skates. In unserer Reihe „Ungewöhnliche Wege zum Dienst“ erzählen Kolleginnen und Kollegen von ausgefallenen Routen und Verkehrsmitteln für ihren Weg zur Arbeit.**

In der vorletzten Ausgabe der Bundespolizei **kompakt** haben wir Ihnen zwei Mitarbeiter des Bundespolizeitrainingszentrums Kührointhaus (TZK) vorgestellt, die nahezu täglich 800 Höhenmeter zu ihrem Dienort mit dem E-Bike überwinden. Doch das ist nicht das ganze Jahr über möglich. In den Wintermonaten zwischen Ende November und Anfang März schneit es im Berchtesgadener Land in aller Regel und was liegt da näher, als mit Skiern zur Arbeit zu fahren?

Schon früh am Morgen treffen sich die Kolleginnen und Kollegen des TZK anderthalb Stunden vor Dienstbeginn am Fuße des Watzmanns<sup>1</sup>. Es ist 5:30 Uhr und noch dunkel – die Sonne wird erst aufgehen, wenn sie ihre Dienststelle längst erreicht haben. Damit sie pünktlich um 7 Uhr ihren Dienst

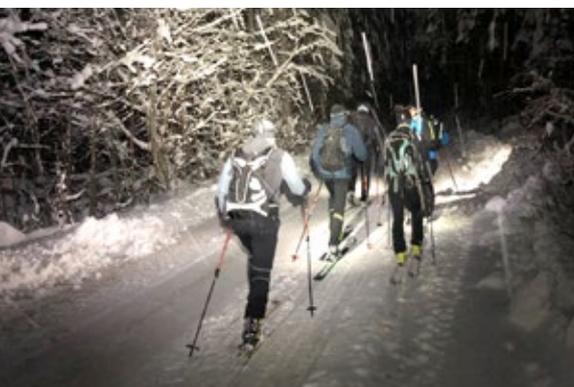
beginnen können, schnallen sie sich mit eingeschalteten Stirnlampen ihre Tourenski an die Füße, die den gewöhnlicheren Alpinski zwar sehr ähnlich, allerdings viel leichter sind. Zudem bieten Ski die Möglichkeit, Steigfelle an die Unterseiten anzubringen, um den Anstieg auf die 800 bevorstehenden Höhenmeter schlitterfrei überwinden zu können.

Die Tour startet meist am Parkplatz Wimbachbrücke. Ein schmaler Weg führt etwa acht Kilometer lang durch die malerisch verschneite Landschaft bis hin zum Trainingszentrum. Wer den Hinweg mit Skiern zurücklegt, bestreitet den Rückweg auf dieselbe Weise – eine Rückfallebene gibt es nicht, denn das Auto verbleibt am Parkplatz. Vom Küchenpersonal über die Verwaltung bis hin zu den Sanitäterinnen und den

Bergführern – fast alle Angehörigen der höchst gelegenen Dienststelle der Bundespolizei lassen sich im Laufe der Wintersaison auf diese außergewöhnliche Art des Dienstweges ein. Auch wenn der Wetterbericht an manchen Tagen 15 Grad minus und Windgeschwindigkeiten von mehr als 50 Kilometer pro Stunde anzeigt, schrecken manch Hartgesottene nicht davor zurück, den etwa 90-minütigen Weg zurückzulegen.

Alle Kolleginnen und Kollegen, die den körperlich anstrengenden Aufstieg auf sich nehmen, nutzen dies, um sich vor und nach dem Dienst fit zu halten und einen Ausgleich in der Natur zum Dienstalltag zu schaffen. ■

<sup>1</sup> Bergmassiv der Berchtesgadener Alpen



*Ein früher Start in den Tag – bei jedem Wetter*



*Der letzte Anstieg vor der Kührointalm*



*Sonnenaufgang: ein perfekter Start in den Arbeitstag*

## Kolumne

# Auf Reisen



Text **Heike Bremer**

Die Autorin (43) ist Sachbearbeiterin Öffentlichkeitsarbeit in der Bundespolizeiinspektion Berlin-Hauptbahnhof und seit 2019 Redakteurin der **kompakt**.

Seitdem ich für die **kompakt** schreibe, komme ich häufiger in den Genuss von Dienstreisen. Ich erfreue mich an den kurzen Auszeiten vom Schreibtisch und wenn das Reiseziel mit wenigen Umstiegen erreichbar ist, fahre ich am liebsten mit der Bahn. Die Bundespolizei gestaltet mir das Reisen ab einer Fahrtzeit von zwei Stunden mit einem großzügigen Erste-Klasse-Ticket sehr angenehm.

Während ich zwischen den emsig in die Tasten hauenden Businessmenschen gerne mal ein Buch lese oder einem Podcast lausche, fällt auch der eine oder andere Blick auf meine Mitreisenden.

Gelegentlich sehe ich uniformierte Landes- oder Bundespolizistinnen und -polizisten, die vermutlich das Angebot der unentgeltlichen Bahnnutzung in Uniform wahrnehmen. Den aufmerksamen Leserinnen und Lesern wird der erste Fehler sofort aufgefallen sein: Stimmt, das dürfen sie gar nicht! Die kostenfreie Mitfahrt beschränkt sich nämlich ausdrücklich auf die zweite Klasse. Nun soll es auch vorgekommen sein, dass das Zugpersonal ausdrücklich darum bat, in die erste Klasse zu wechseln, da die zweite überfüllt war. Den Wahrheitsgehalt der Aussage vermag ich nicht zu beurteilen. Rein formell ist ein solcher Vorschlag höflich abzulehnen, auch wenn dies möglicherweise einen Stehplatz zur Folge hat.

Tatsächlich nutzen etliche unserer pendelnden Kolleginnen und Kollegen tagtäglich das Angebot der unentgeltlichen Beförderung, hauptsächlich wegen des Geldes, das man dabei spart. Umso mehr sollte man darauf achten, sich dieses Privileg nicht zu verspielen – ob durch falsche Anspruchshaltungen oder unangemessenes Auftreten. Ja, ich spiele damit auf das unzulässige und absolut ansehnliche „Räuberzivil“ an. Auch da habe ich schon unzählige Kombinationen aus Uniformteilen und privater Kleidung gesehen. Sei es nun das Tragen privater Sportschuhe oder das Verdecken des blauen Hemdes mit einer schwarzen Windjacke. Mein absolutes Highlight waren übrigens weiße Turnschuhe zur blauen Uniformhose und dazu ein Einsatzgürtel, dessen leeres Pistolenholster unter einem blauen Wollpullover hervorlugte.

Im Grunde genommen ist die Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium des Innern und für Heimat und der Deutschen Bahn AG (DB AG) doch wie ein stillschweigender Vertrag: Ich nutze die Bahn und zahle dafür nichts. Die DB AG profitiert von der sichtbaren Präsenz Uniformierter und der daraus resultierenden Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Reisenden. Im Fall der Fälle muss ich polizeilich tätig werden. Eine Win-win-Situation für alle Beteiligten, zumindest, wenn die vereinbarten Bedingungen eingehalten werden.

Dazu gehört neben der vollständigen Dienstkleidung und der Beschränkung auf die zweite Wagenklasse auch der Umstand, einen Sitzplatz nur bei Verfügbarkeit nutzen zu können und im Bedarfsfall für zahlende Fahrgäste freizumachen.

In diesem Sinne appelliere ich im Interesse aller, die das Angebot der unentgeltlichen Beförderung in Zügen der DB AG nutzen, an die Vernunft und die Erfüllung der Dienstpflichten! Nicht, dass noch einer der Partner den Vertrag aufgrund von Verletzungen für ungültig erklärt. ■



*Durch das Boxtraining mit den Kolleginnen und Kollegen konnten Ergonomie und Bewegungsfreiheit der neuen Körperschutzwesten beurteilt werden.*



# Aus der Praxis, für die Praxis

## Neuentwicklung lebensrettender Körperschutzwesten

Text Sebastian Kalabis

**Führungs- und Einsatzmittel müssen jederzeit zu hundert Prozent zuverlässig sein. Zu ihnen gehört die Körperschutzausstattung, kurz KSA genannt. Wenn „robuste Ausstattung“ gefordert ist, müssen Polizeikräfte auf deren Qualität und Zuverlässigkeit vertrauen können. Die KSA dient vorrangig dem Schutz vor Verletzungen durch Hieb-, Stich- und Schnittwaffen sowie als Schlagschutz. Seit September 2021 wird die Neuentwicklung der lebensrettenden Zusatzbekleidung an die ersten Dienststellen ausgeliefert. kompakt stellt den vorangegangenen Prozess der Erprobung und Beschaffung vor.**

Die aktuelle Sicherheitslage sowie die nach wie vor hohe Zahl von Angriffen auf Polizeikräfte hatten die Bundespolizei veranlasst, die Körperschutzausstattung für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten einer grundlegenden Prüfung zu unterziehen. Zur Entwicklung einer zeitgemäßen, sicheren und gleichzeitig komfortablen KSA wurde im Juni 2018 innerhalb der Bundespolizeiabteilung Ratzeburg eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Im Auftrag des Bundespolizeipräsidiums erarbeitete die „AG KSA“ zusammen mit der Forschungs- und Erprobungsstelle der Bundespolizei in Lübeck zunächst den Leistungskatalog einer neu zu entwickelnden Körperschutzweste. Er enthielt ein Anforderungsprofil unter Berücksichtigung von technischen und polizeitaktischen Ansprüchen. In diesem

Gremium sammelten Expertinnen und Experten aus dem Polizeitraining und der Arbeitsmedizin gemeinsam mit erfahrenen Einsatzkräften sowie Personalvertretungen ihre Ideen und Ziele, um eine innovative KSA für den Einsatz zu entwickeln. Zudem wurde mittels eines Online-Fragebogens eine „Marktforschung“ innerhalb der Bundespolizei durchgeführt, um Bedürfnisse und Erkenntnisse der Anwenderinnen und Anwender besser berücksichtigen zu können.

Mit Zustimmung des Beschaffungsamtes des Bundesministeriums des Innern und für Heimat überließ die Bundespolizei nichts dem Zufall und führte den Ausschreibungsprozess für die Weste in Eigenregie durch. Das Mammut-Projekt wurde durch ein kleines Team der Abteilung 6 des

Bundespolizeipräsidiums neben dem Tagesgeschäft gestemmt.

### „Schwarmwissen“ war gefragt

Welche Verbesserungsvorschläge ergeben sich aus der Nutzung der bisherigen KSA-Weste? Welchen Belastungen ist eine KSA im Einsatz tatsächlich ausgesetzt? Soll die Schutzklasse der neuen Weste monolithisch (aus einem Stück), modular (aus Einzelelementen) oder in kombinierter Variante erreicht werden? Sind alternative Tragesysteme vorstellbar? Ziel war es, hierzu ein möglichst repräsentatives Meinungsbild von den Bedarfsträgerinnen und Bedarfsträgern zu erhalten. Sämtliche Bundespolizeiabteilungen, die Mobilen Kontroll- und Überwachungseinheiten sowie die Reiterstaffel beteiligten sich an der Umfrage.



Einzelne Komponenten der neuen Weste im Vergleich



*Praktische Erprobung der Widerstandsfähigkeit bei stumpfer Gewalt ... sowie bei Einwirkung durch ein Messer.*

Die Bilanz ergab 1 200 ausgefüllte Fragebögen innerhalb von zwei Monaten. Ganz oben auf der „Wunschliste“ für eine neu zu beschaffende Weste standen die Faktoren Gewichtsreduktion, höherer Tragekomfort, leichtere Handhabung und effizientere Funktionalität in Einsatzsituationen in Verbindung mit den Führungs- und Einsatzmitteln. Schließlich soll die Weste die körperliche Unversehrtheit erhöhen und nicht durch ihr Gewicht oder andere störende Faktoren zu Beschwerden führen.

### **Aufrüstbarer, ballistischer Schutz**

Zum Schutz des Oberkörpers – und damit der lebenswichtigen Organe – ist die neue Weste mit ballistischen Schutzpaketen ausgestattet. Somit ist es möglich, den Schutzzumfang abhängig von Lage und Einsatztechnik mittels Schutzpaketen aus Hochleistungs-Polyethylen modular zu variieren und lageabhängig anzupassen. Die so geschaffene Aufrüstung bietet einen an den gängigen Anforderungen orientierten, ballistischen Schutz. Der Schlag- und Stichschutz wird durch eingearbeitete Aluminiumplatten sichergestellt. Sie sind mit einer Speziallegierung versehen und bieten Sicherheit bei geringem Gewicht. Beide Schutzpakete sind in Kombination oder separat tragbar, immer abhängig von der Einsatzlage und Vorgabe der Vorgesetzten.

### **Auf Herz und Nieren geprüft**

Zwischen diversen Angebotsphasen – in denen auch technische Innovationen der Anbieter Berücksichtigung fanden – und dem Zuschlag an einen bestimmten Lieferanten standen die Erprobungsphasen. Im hier beschriebenen Fall wurden unter strengster Geheimhaltung einwöchige Testläufe bei der Bundespolizeiabteilung Ratzeburg durchgeführt. Die verschiedenen Komponenten der einzelnen Anbieter wurden umfangreich auf ihre Eignung geprüft. Und dies nicht nur unter „Laborbedingungen“. In einem in der Bundespolizei bis dahin einmaligen Testlauf haben die Kolleginnen und Kollegen verschiedenste Einsatzszenarien mit den zu erprobenden Westen nachgestellt.

Eine wichtige Station zur Ergebnisfindung war die Überprüfung der technischen Leistungsanforderungen, koordiniert durch die Forschungs- und Erprobungsstelle der Bundespolizei in Lübeck. Die vorliegenden Komponenten der einzelnen Hersteller wurden dabei allen erdenklichen Tests unterzogen. Von der Prüfung des Stichschutzes und der ballistischen Schutzleistung über den Brandschutz bis hin zur Schutzfläche wurde alles minutiös überprüft.

Die erforderliche unabhängige Qualitätskontrolle wurde durch das

Beschaffungsamt sichergestellt.

Die unabhängigen Expertinnen und Experten führten hierzu erfolgreich mehrere fachliche Güteprüfungen im Werk des Herstellers durch.

Der Zuschlag konnte im April 2021 an die Firma MK Technology GmbH erteilt werden. Neben den nicht verhandelbaren Schutzanforderungen waren vielmehr die Ergebnisse aus der Anwendererprobung und insbesondere die Reduktion des Gewichtes die größten Einflussfaktoren für die Entscheidung.

### **Die Auslieferung hat begonnen**

Herausfordernd war darüber hinaus die Logistik für die Lagerung und zukünftige Ausgabe der neuen Einsatzmittel. Durch die Unterstützung der Direktion Bundesbereitschaftspolizei konnte das Bundespolizeiversorgungslager in Hundstadt entlastet und eine fristgerechte Auslieferung in die erste Bundespolizeiabteilung sichergestellt werden. Bereits im August 2021 konnten die ersten 500 Westen als Teil der neuen KSA BPOL in Empfang genommen werden. Bis zum Jahreswechsel waren es bereits 8 000 Einheiten. Vertraglich vereinbart ist die Lieferung von bis zu 23 850 Einheiten innerhalb von vier Jahren. ■

## Neue Dienststellen in der Bundespolizei

# 111 Entwürfe für das neue Bundespolizeipräsidium in Potsdam

Text Sebastian Kalabis

**In Potsdam, der Landeshauptstadt von Brandenburg und direkten Nachbarin der Bundeshauptstadt, entsteht aktuell das neue Bundespolizeipräsidium (BPOLP). Angrenzend an den derzeitigen Standort des „Hauptquartiers“ und nur einen „Katzensprung“ vom Potsdamer Hauptbahnhof entfernt, sieht der fünfstöckige Neubau seiner Fertigstellung zum Ende des Jahres 2023 entgegen.**

Im Juli 2009 beschloss der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages, in Potsdam ein neues Gebäude als Hauptsitz für das Bundespolizeipräsidium zu errichten. An der europaweiten Ausschreibung beteiligten sich 111 Wettbewerber, von denen es 25 Architekturbüros in die engere Auswahl schafften. Das Preisgericht kürte im Rahmen einer zweiten Preisgerichtssitzung den Siegerentwurf im Juli 2014. Das Konzept von „Code Unique“ aus Dresden hatte sich am Ende erfolgreich durchgesetzt. Der Entwurf überzeugte die Jury besonders in Bezug auf die Faktoren Arbeitsplatzqualität, großzügiges Foyer und Sicherheitsanforderungen.

### Größte Baumaßnahme des Bundes im Land Brandenburg

Bauherrin und spätere Eigentümerin des Gebäudes ist die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Die baufachliche Errichtung und Überwachung des Neubauprojekts wurde dem Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB) übertragen. Von Seiten der Bundespolizei begleitet die „Projektgruppe Neubau“ innerhalb des BPOLP das Projekt sehr eng. Ihr Leiter Matthias Kanski blickt zuversichtlich auf den Stand der Arbeiten: „Der Neubau ist ein sehr komplexes Projekt, denn neben dem reinen Büro- und Verwaltungsgebäude müssen auch die nutzerspezifischen Bedarfsanforderungen an den zukünftigen Führungs- und Lagedienst mit seinen durchaus sehr spezifischen Ansprüchen in den Neubau integriert werden. Wir sind auf einem guten Weg, diese Besonderheiten in dem Neubau abbilden zu können.“

Der „erste Spatenstich“ erfolgte am 27. September 2018 durch den Präsidenten des BPOLP Dr. Dieter Romann gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg Dr. Dietmar Woidke und weiteren Projektbeteiligten. Seitdem ist viel passiert. Tausende Tonnen Erdreich wurden bewegt, riesige Kräne auf- und abgebaut und hunderte Lkw mit Material entladen. Das traditionelle Richtfest musste aufgrund der

Der „erste Spatenstich“ erfolgte am 27. September 2018 durch den Präsidenten des BPOLP Dr. Dieter Romann gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg Dr. Dietmar Woidke und weiteren Projektbeteiligten. Seitdem ist viel passiert. Tausende Tonnen Erdreich wurden bewegt, riesige Kräne auf- und abgebaut und hunderte Lkw mit Material entladen. Das traditionelle Richtfest musste aufgrund der

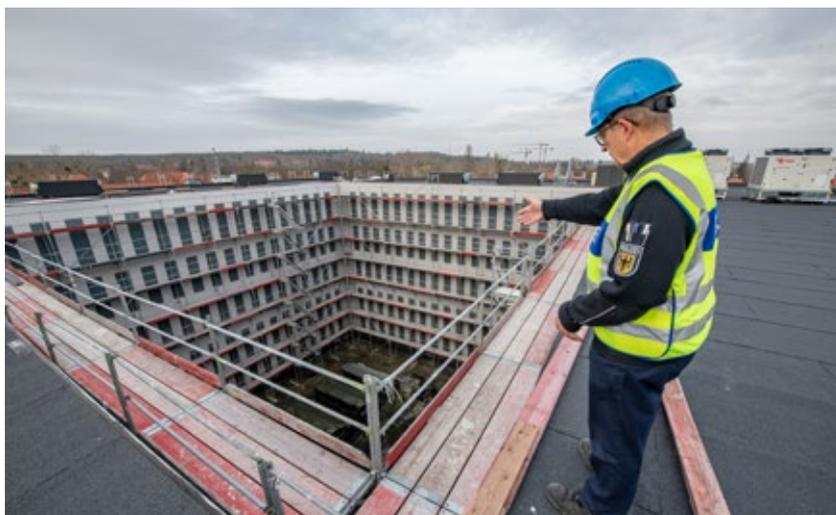




*Die Baustelle aus der Luft, im November 2021*



*Matthias Kanski leitet die „Projektgruppe Neubau“ im Bundespolizeipräsidium.*



*Blick in einen der zukünftigen Innenhöfe*



*Das zentrale Foyer am Haupteingang bietet Ausblicke in die Lichthöfe.*

dynamischen Entwicklung der SARS-CoV-2-Pandemie leider abgesagt werden.

Dutzende Handwerksbetriebe und Dienstleister geben sich aktuell beim Innenausbau „die Klinke in die Hand“. Die Übergabe an die Bundespolizei ist für Sommer 2023 avisiert. Im Rahmen einer bisher geplanten sechsmonatigen Inbetriebnahmephase sollen der Umzug in den Neubau und die Installation aller technischen Geräte Ende 2023 abgeschlossen sein. Mit Übergang ins Jahr 2024

soll der Dienstbetrieb aufgenommen werden. Rund 1400 Beschäftigte der Bundespolizei sind heute an verschiedenen Standorten im Potsdamer Stadtgebiet untergebracht. Die Mehrheit von ihnen wird zukünftig in dem neuen Hauptgebäude mit seinen über 15 000 Quadratmetern Nutzfläche tätig sein. Schon jetzt ist klar: Der Neubau wird die vorhandenen Liegenschaften nicht vollständig ersetzen können. Am Behördenstandort in der Heinrich-Mann-Allee 103 werden auch zukünftig einzelne der „alten“ Gebäude von der Bundespolizei ge-

nutzt werden. Mehrheitlich handelt es sich dabei um aufwendig sanierte Backsteinbauten mit durchaus besonderem Charme. Darüber hinaus sind auf dem weitläufigen Grundstück drei weitere Neubauten im Rahmen einer Compoundlösung<sup>1</sup> angedacht. Der bisherige Hauptsitz des BPOLP, das Haus 44/45, war Anfang der 1990er Jahre eher provisorisch als mehrstöckiger Container-Modulbau

<sup>1</sup> Der englische Begriff Compound beschreibt in der Architektur eine geschlossene Einheit aus Baukörpern oder ein umschlossenes Gelände.

errichtet worden und beherbergte zunächst das Arbeitsamt.

### Der „Kanski-Träger“ ist ein Novum in der Statik

Neben den architektonischen Besonderheiten des Neubaus, einer sämtliche Geschosse verbindenden Kaskadentreppe in der großzügigen Eingangshalle, drei begrünten Innenhöfen und einer Öffnung des Gebäudes zum „Compound“ in Form eines Arkadenganges, gibt es auch noch den „Kanski-Träger“: Ein leider nicht mehr sichtbarer statischer Überzug, welcher die kompletten Traglasten einer der Innenhoffassaden aufnimmt und abträgt, sodass der darunter befindliche Führungs- und Lagedienst nunmehr ein freies Sichtfeld hat. In den ersten Planungen sollte ursprünglich ein sogenannter Unterzug diese statischen Lasten abtragen. Dieser wäre aber genau im Blickfeld der Bildschirme der Lagebildwand gewesen. Ein kleiner Hinweis durch den Projektleiter mit einem großen Nutzen im Tagesbetrieb. Die Fachplaner bedankten sich in ihrer Form und benannten ein wesentliches Element der Tragkonstruktion im Gebäude nach dem Projektleiter.

Das Baufeld ist lückenlos überwacht. Die 30 Kolleginnen und Kollegen der „Sicherungswache Neubau BPOLP“ stellen sicher, dass der Baufortschritt störungsfrei vorangehen kann. Sie legen nicht nur ein wachsames Auge auf Zufahrt und Ladezonen, sondern bestreifen auch das Baufeld und den Rohbau rund um die Uhr. Daneben arbeiten sie Hand in Hand mit den Logistikern und koordinieren etwa den Maschinen- und Lkw-Verkehr auf dem Baufeld. Innen- und Außenbereiche sind flächendeckend videoüberwacht. Darüber hinaus stellt ein elektronisches Ausweis- und Schleusensystem an der Einlasskontrolle sicher, dass die Kolleginnen und Kollegen zu jeder Zeit wissen, wer sich wann und aus welchem Anlass auf der Baustelle befindet.

Besonders sensible Bereiche des Gebäudes werden derzeit mit modernster Sicherheitstechnik ausgestattet. Dazu zählen der Führungs- und Lagedienstbereich, die Büros der Behördenleitung und weitere kritische Infrastruktur. Auch die sicherheitsrelevante Ausstattung der Zugänge wird auf dem neuesten Stand der Technik sein.

### Nachhaltiges Bauen

Das nachhaltige Bauen ist ein zentraler Baustein in der Strategie der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung. Der Bund hat hierzu das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) ins Leben gerufen. Für das Nachhaltigkeitsmanagement auf der Präsidiumsbaustelle ist ein Berliner Ingenieurbüro zuständig. Es begleitet die Bauherrin bei der Einhaltung der Anforderungen des BNB-Zertifizierungssystems und zeigt Optimierungspotenziale auf. Nachhaltiges, möglichst energieeffizientes Bauen setzt stets eine Abwägung des gewünschten Ziels sowie des Budgets voraus. Für das neue Präsidiumsgebäude wird das BNB-Prädikat „Silber“ angestrebt. ■



**Projektmanagerin Duygu Erdoğan** gehört zur Bauleitung und koordiniert mit ihrem Team die Abläufe auf der Baustelle.



**Henri Lehmann** ist als Leiter der „Wache Neubau“ für den polizeilichen Schutz des Baufeldes zuständig.



**Ricky Schmidt-Christensen** ist einer von 30 Kolleginnen und Kollegen, welche mit wachsamen Augen die Sicherheit auf dem Baufeld gewährleisten – rund um die Uhr.



Außenministerin Annalena Baerbock, Bundesminister für Wirtschaft und Klima, Robert Habeck, Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesfinanzminister Christian Lindner (v. l. n. r.)

## Die erste Ampelkoalition im Bund

# Was hat die neue Bundesregierung mit uns vor?

Text Fabian Hüppe

Am 24. November 2021 traten die Spitzen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor die Kameras und verkündeten: „Die Lichter der Ampelkoalition stehen auf Grün.“ Aber was bedeutet das für die Bundespolizei? Welche Folgen hat der Regierungswechsel unter anderem für die Innere Sicherheit und den Öffentlichen Dienst? Die folgenden Auszüge aus dem 178 Seiten starken Koalitionsvertrag geben einige Hinweise.

### II. Moderner Staat, digitaler Aufbruch und Innovation

#### Verwaltungsmodernisierung

Die Modernisierung des Staates gelingt nur mit einem starken Öffentlichen Dienst. Diesen werden wir attraktiver gestalten. Der Staat muss bei Vielfalt, Gleichstellung und flexiblen sowie digitalen Arbeitsbedingungen Vorbild sein. [...]

### VI. Innere Sicherheit, Bürgerrechte, Justiz, Verbraucherschutz, Sport

#### Bundespolizeien

Unsere Sicherheitsbehörden in Deutschland leisten professionelle Arbeit im Kampf gegen Kriminalität und für den Schutz unserer Demokratie. Die Wertschätzung für unsere Polizistinnen und Polizisten drückt sich auch durch eine gute Personal- und Sachausstattung, den Zustand der Liegenschaften, den Abbau von Überstunden und die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage aus. Die Finanzierung werden wir sicherstellen. [...]

Wir führen eine unabhängige Polizei-beauftragte bzw. einen unabhängigen Polizeibeauftragten für die Polizeien des Bundes als Anlaufstelle beim Deutschen Bundestag mit Akteneinsichts- und Zutrittsrechten ein. Wir führen die pseudonyme Kennzeichnung von Polizistinnen und Polizisten ein.

#### Kampf gegen Organisierte Kriminalität

Wir machen die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (einschließlich der sogenannten Clankriminalität) zu einem Schwerpunkt unserer Sicherheitsbehörden: durch mehr und bessere Strukturermittlungen, die Nutzung strafrechtlicher Möglichkeiten unter anderem bei der Vermögensabschöpfung, die Optimierung der Strukturen bei der Geldwäschebekämpfung und ihrer Ressourcen, eine stärkere Verankerung des Themas in der Ausbildung in den Sicherheitsbehörden, mehr Prävention und eine verbesserte Analysefähigkeit.

#### Freiheit und Sicherheit

[...] Die Sicherheitsgesetze wollen wir auf ihre tatsächlichen und rechtlichen Auswirkungen sowie auf ihre Effektivität

hin evaluieren. [...] Videoüberwachung kann die Präsenz einer bürgernahen Polizei nicht ersetzen, sie aber an Kriminalitätsschwerpunkten ergänzen. Flächendeckende Videoüberwachung und den Einsatz von biometrischer Erfassung zu Überwachungszwecken lehnen wir ab. [...] Das Bundespolizeigesetz novellieren wir ohne die Befugnis zur Quellen-Telekommunikationsüberwachung und Online-Durchsuchung.

### VII. Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt

#### Asylverfahren

[...] Das Konzept der AnKER<sup>1</sup>-Zentren wird von der Bundesregierung nicht weiterverfolgt. [...] Nicht jeder Mensch, der zu uns kommt, kann bleiben. Wir starten eine Rückführungsoffensive, um Ausreisen konsequenter umzusetzen, insbesondere die Abschiebung von Straftätern und Gefährdern. Der Bund wird die Länder bei Abschiebungen künftig stärker unterstützen. [...] ■

<sup>1</sup> Zentrum für Ankunft, Entscheidung und Rückführung

# Soziale Kriterien stärker berücksichtigt

## Neuerungen bei der Wohnungsfürsorge des Bundes

Text Benjamin Fritsche

**Die Wohnungsfürsorge des Bundes stellt Bundesbediensteten deutschlandweit an den Dienstorten oder in deren Einzugsbereichen angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung, bei Bedarf auch barrierefrei oder barrierearm. Zuständig für die Wohnungsfürsorge ist die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), in der Anfang 2021 der neue Geschäftsbereich „Wohnen“ eingerichtet wurde.**

Das Angebot richtet sich an alle Tarifbeschäftigten und Verwaltungs- oder Polizeibeamtinnen und -beamten des Bundes sowie an befristet Beschäftigte und Auszubildende. Der Wohnungsfürsorge stehen etwa 64 000 Wohnungen an 500 Standorten zur Verfügung. Dazu zählen eigene Wohnungen der BImA sowie Wohnungen Dritter, für welche die BImA Belegungsrechte erworben hat.

### Jede Bewerbung nach Dringlichkeit eingestuft

Die Vergabe erfolgt nach festgelegten Kriterien. Anhand dieser wird jede Bewerbung nach der Dringlichkeit des Bedarfs eingestuft. Die bisherigen Dringlichkeitsstufen Trennungsgeldempfänger (A), anerkannte Härtefälle (B) und sonstige Bewerber (C) wurden aufgehoben. Das bedeutet, dass Trennungsgeldempfänger nicht mehr automatisch bei der Vergabeentscheidung priorisiert werden. Vielmehr

finden nun gleichrangig soziale und dienstliche Belange Berücksichtigung. Das privilegiert beispielsweise auch die unteren und mittleren Besoldungs- und Entgeltgruppen.

Gerade für junge Kolleginnen und Kollegen oder bei einem kurzfristigen Dienststellenwechsel besteht so die Möglichkeit, auch in Ballungsräumen bezahlbaren Wohnraum zu finden. Dabei richten sich die Mieten grundsätzlich nach den ortsüblichen Preisen.

### Freie Wohnungen im Immobilienportal finden

Informationen zum Vergabeverfahren veröffentlicht die BImA auf ihrer Internetseite unter [www.bundesimmobilien.de](http://www.bundesimmobilien.de). Freie Wohnungen werden dort im Immobilienportal berechtigten Interessentinnen und Interessenten

vier Wochen lang exklusiv angeboten. Die Zugangsdaten lauten:

*Login: Woverg  
Passwort: Suche1*

Ein Rechtsanspruch auf Zuteilung einer Wohnung besteht nicht. Sollte es keine Bewerbungen für eine Wohnung geben wird diese auf dem freien Markt vergeben, um Leerstand zu vermeiden. ■

### Tipps bei der Wohnungssuche

Um die Suche einfacher zu gestalten, gibt es eine Newsletter-Funktion im passwortgeschützten Bereich des Immobilienportals. Unter dem Menüpunkt „Suchauftrag“ können unter „Meine Suchen“ Wohnungskriterien auf [www.bundesimmobilien.de](http://www.bundesimmobilien.de) hinterlegt werden. Über passende Angebote werden die Wohnungssuchenden anschließend automatisch per E-Mail informiert.



Hier gelangen Sie zu den aktuellen Angeboten der Wohnungsfürsorge:  
<https://immobilienportal.bundesimmobilien.de/immobilienportal/wohnuersorge/suche>

## Anschießen für den Titel

# Materialprüfung in der Kältekammer

Text Enrico Thomschke

Minus 17 Grad Celsius zeigt das Thermometer. Bei den fast noch sommerlichen Temperaturen Mitte September 2021 bedarf es ein wenig Überwindung, sich in die Kältekammer auf den Schießstand<sup>1</sup> zu begeben. Ein Biathlongewehr ist fest im Schraubstock arretiert. Mehrere Päckchen Munition liegen fein säuberlich aufgereiht auf dem Tisch. Die Zielscheibe<sup>2</sup> befindet sich in 50 Metern Entfernung. Ein letzter prüfender Blick auf die Visierung. Dann wird die erste Munitionsschachtel geöffnet, das Gewehr geladen und langsam der Abzug betätigt. Ein Schuss. Die Mitte des Ziels wird nur knapp verfehlt. Nachladen. Das zweite Projektil wird durch den Lauf getrieben. So geht es unzählige Male.

Engelbert Sklorz ist Trainer an der Bundespolizeisportschule Bad Endorf. Zu seinen Aufgaben gehört es, die Biathletinnen und Biathleten der Bundespolizei auf die anstehende Saison vorzubereiten. Doch neben den Spitzensportlern muss auch das Material den winterlichen Bedingungen standhalten. Tausende Schuss Munition verschiedener Hersteller und Margen werden unter realen Bedingungen an zwei Tagen geprüft.

**Kälte hat einen enormen Einfluss**  
Nur so kann gewährleistet werden, dass später die Flugbahn und das Trefferbild optimal sind. „Die Kälte hat einen enormen Einfluss auf Waffe und Munition und dies spiegelt sich beim Schießen in der Größe des Trefferbildes wider“, sagt Engelbert. Routiniert dokumentiert er dabei jeden Schuss. „Seit Jahren bin ich nun schon für das Anschießen und Überprüfen der Munition im Vorfeld der Wettkampf-

saison zuständig“, erklärt er. „Dadurch haben die Sportlerinnen und Sportler überhaupt eine Chance, die vorderen Plätze belegen zu können.“ Was nutzt die schnellste Läuferin oder der schnellste Läufer, wenn die Treffer

<sup>1</sup> Kältetestschießstand in Suhl vom Thüringer Skiverband.

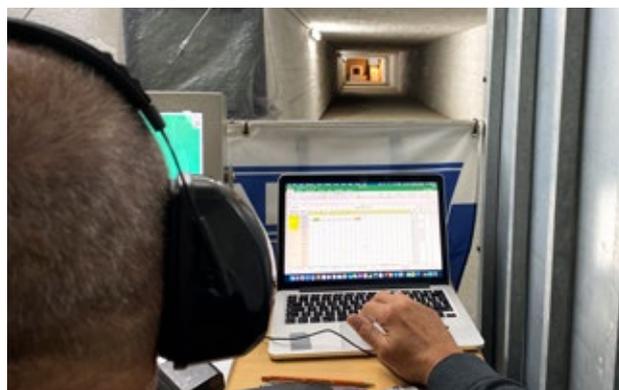
<sup>2</sup> Der elektronische Messrahmen registriert und vermisst das Geschoss berührungslos und wertet das Trefferbild aus.



Warten auf den Einsatz – Biathlongewehre in der Kältekammer



Biathlongewehr im Schraubstock



Akribisch wird alles dokumentiert.



Mehrere tausend Patronen werden an zwei Tagen verschossen.

auf der Zielscheibe ausbleiben? „Die Weiterentwicklung und Erprobung von Bekleidung und Ausrüstung ist vielen bewusst, dass aber auch die Munition auf ‚Herz und Nieren‘ überprüft wird, ist sicherlich nur wenigen bekannt“, sagt Engelbert.

#### Mehrere tausend Schuss

Mit den Biathlongewehren wird das Kleinkaliber 5,6 Millimeter verschossen. Jedes dieser Sportgeräte ist individuell und verhält sich daher anders beim Schießen. „Es wird jedes Gewehr mit jeder Munition angeschlossen“, erklärt Engelbert. Je genauer

das Trefferbild, also je geringer die Streuung auf der Zielscheibe ist, desto besser ist die verwendete Munition für das jeweilige Gewehr geeignet. „Es ist durchaus möglich, dass eine Marge perfekt für ein Gewehr passt und bei einem anderen versagt“, so Engelbert. Etwa 25 Biathlongewehre werden an den beiden Tagen getestet. Abhängig von der Anzahl der zur Verfügung gestellten Probelose des Herstellers dauert der Test auch schon einmal bis spät in die Nacht. „Im Durchschnitt verschieße ich bei so einem Auswahlverfahren etwa 3 000 Schuss“, sagt Engelbert abschließend. ■

### Auszug aus dem Regelwerk der Internationalen Biathlon-Union (IBU)

Biathlonwettkämpfe dürfen nicht gestartet werden, wenn die am kältesten Teil der Anlage (Schießstand oder Strecke) 1,5 Meter über dem Boden gemessene Lufttemperatur unter minus 20 Grad Celsius liegt. Ist es kälter als minus 15 Grad Celsius, müssen vor dem Start und während des Wettkampfs Windchill (Windkälte) und Luftfeuchtigkeit berücksichtigt werden. Im Fall eines hohen Windchill-Faktors entscheidet die Wettkampjury in Absprache mit dem medizinischen Delegierten der IBU oder dem Wettkampfarzt, ob der Wettkampf gestartet oder fortgesetzt wird. Die zu laufende Strecke darf auch geändert werden, um windige Bereiche zu vermeiden.

## Leserbriefe

Hallo Heike,

vielen Dank für Deine Kolumne in der Bundespolizei **kompakt 05** | 2021. Ich finde die Kolumne zu Deinem gewählten Thema „Dankbarkeit“ ausgezeichnet gelungen.

Gerade ein Paradigmenwechsel, auch in persönlichen Stresssituationen, ist ein sehr gutes Mittel, die positiven Seiten unseres Polizeiberufes genau zu betrachten und auch den täglichen Alltag zum Beispiel in der Familie zu reflektieren. In meiner Aufgabe als Sucht- und Sozialberater bin ich dankbar dafür, Ratsuchenden, Angehörigen oder Betroffenen einen Raum für Entlastung und Orientierung geben zu können. Dankbar, dass Kolleginnen und Kollegen in unserer Bundespolizeidirektion

Berlin in schwierigen Lebenssituationen Unterstützung finden. Viele schaffen nicht einmal das Antragsverfahren für die Heilfürsorge. Im Rahmen der Fürsorge begleite ich sie dann in ein Krankenhaus oder in eine Rehaklinik. Sehr oft fahre ich anschließend mit einem Gefühl von Freude über die gelungene Unterstützung und mit dem Nachklang einer erfüllten Aufgabe zurück nach Berlin.

Bei späteren Begegnungen mit betroffenen Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns zwischendurch bei einem Besuch in der Klinik oder Reha-Einrichtung treffen, spüre ich dann ganz deutlich, dass auch Dankbarkeit ihren Weg zurückfinden kann. Durch andere

Mitpatientinnen und Mitpatienten ändert sich die eigene Sichtweise und persönliche Bewertung. Insbesondere, und Du hattest es beschrieben, spielt ein materiell sorgenfreies Leben und ein sicherer Arbeitsplatz eine sehr wichtige Rolle.

Und aus meiner Erfahrung aus den zurückliegenden knapp fünf Jahren als Sucht- und Sozialberater ist gerade in einem langen Krankenstand das Gefühl von Dankbarkeit ein wichtiger Gedanke, um wieder gesund zu werden.

Beste Grüße von mir!

**Jan Zastrau**

Liebe kompakt-Redaktion,

regelmäßig bekomme ich die Bundespolizei **kompakt**. Und eigentlich wollte ich Sie nur auf kurzem Weg per Mail auf einen nicht unwesentlichen, eher historischen Sachfehler im letzten Heft 06 | 2021, Seite 9, hinweisen.

In der Einführung zum Titelthema „Die Bundespolizei Orchester im Wandel“ ist von den „Musikkorps der verschiedenen Grenzschutzämter“ zu lesen. Diese Zuordnung zu den Behörden des damaligen Einzeldienstes gab es zu keiner Zeit. Vielmehr waren die Musikkorps den damaligen regionalen Mittelbehörden (Grenzschutzkommandos, ab 1992 umbenannt in Grenzschutzpräsidien, später Bundesgrenzschutzpräsidien) angegliedert. Nach der Umbenennung des BGS in Bundespolizei zum 1. Juli 2005 existierten bis 29. Februar 2008 fünf regionale Bundespolizeipräsidien als Mittelbehörden mit drei Orchestern in Berlin, Hannover und München. Seit der Neuorganisation der Bundespolizei ab März 2008 gehören diese drei BPOL-Orchester zur neu gegründeten Bundesoberbehörde Bundespolizeipräsidium in Potsdam.

Doch wie das manchmal so ist: Erinnerungen und Erlebnisse aus 42 Dienstjahren wecken das Interesse an der Recherche. Vor mir liegen nun alle sechs Ausgaben der **kompakt** des Jahres 2021, weitere Hefte wie „Damals und heute – 10 Jahre Bundespolizei **kompakt** (04 | 2019)“ und als nostalgisches Gegenstück ein dicker Wälzer mit allen damaligen 12 BGS-Zeitschriften aus meinem

Einstellungsjahr 1977 (zum Beispiel Heft 10 | 1977 mit Bundespräsident Walter Scheel auf dem Titel und einem Bericht über die Rückkehr der GSG 9 als „Helden von Mogadischu“). Ein für mich wertvolles Geschenk von der Bundespolizeiakademie zu meinem Ruhestand Ende Juni 2019 in der Bundespolizeidirektion Pirna.

Wenn ich nun die **kompakt** 2021 mit der Zeitschrift des BGS 1977 vergleiche, dann kann ich nur feststellen: Alles hatte seine Zeit. Früher war auch nicht alles besser oder schlechter. Heute ist manches moderner und voller Technik in der analogen und digitalen Welt. Aber eines bleibt konstant, und zwar der Wandel und die Veränderungen. Menschen kamen und gingen. Und irgendwann werden die Jüngeren dran sein, etwas aus dem zu machen, was die Altvorderen auf den Weg brachten. Auch wir waren einmal die Jungen. Dazu könnte man/frau ganze Bücher füllen.

Aber diesen Leserbrief möchte ich zum Anlass nehmen, der Redaktion **kompakt** und allen Beteiligten in den Stabsstellen Öffentlichkeitsarbeit, dem Referat 66 Bundespolizeipräsidium (inklusive der hervorragend in Szene gesetzten Fotos von Alexandra Stolze) sowie den einzelnen Autorinnen und Autoren ein großes Kompliment für ihre engagierte Arbeit zu machen. **kompakt** hat Qualität und kann sich sehen lassen, ohne „Hurra-Postille“ zu sein. Schwer-



punkttiteln wie zum Beispiel die Hochwasserkatastrophe (Heft 05 | 2021) oder 70 Jahre Bundespolizei (Heft 02 | 2021) sind redaktionell und vom Layout her sehr gelungen.

Und stolz sein können wir auf alle unsere Musikerinnen und Musiker aller Bundespolizei Orchester. Was für ein Repertoire die drei Orchester draufhaben, ist eine Klasse für sich. Natürlich klingen ein „Yorkscher Marsch“ oder die „Petersburger Schlittenfahrt“ in der klassischen Großbesetzung richtig gut. Aber ich durfte „Learn to Fly“ von der Rock-Pop-Band Hannover mit dem singenden Fluglehrer EPHK Patrick Haas in Hangelar oder „Gabiella's Song“ mit dem Berliner Orchester und der PHKin Nadine Oswald aus Pirna/Berggießhübel – die den schwedischen Text hingebungsvoll sang – live erleben. Zudem genoss ich „Send Me an Angel“ des Bundespolizei Orchesters München und der Rockband CROSS im erneut ausgezeichneten musikalischen Adventskalender. Drei Beispiele für den gelungenen Wandel unserer Orchester – unter Wahrung des Traditionellen. Gern weiter so!

Herzliche Grüße – und bleiben Sie alle gesund

**Jörg Baumbach, Braunschweig**

### Antwort der Redaktion

Sehr geehrter Herr Präsident a. D. Baumbach,

haben Sie vielen Dank für Ihren Brief und den klarstellenden Hinweis. Den Fehler bitten wir zu entschuldigen. Über Ihre freundlichen und anerkennenden Worte freuen wir uns und nehmen sie als Motivation mit in die kommende Arbeit.

Ihre Redaktion der **kompakt**

## Was der BGS noch kannte ...

# ... Schlusszeiten und Verhalten in Offizierheimen

Text Enrico Thomschke

Letztens fiel mir ein Schriftstück vom 13. Juli 1957 in die Hände, dessen Inhalt mich amüsierte und zugleich nachdenklich stimmte. Es war der Befehl des Kommandeurs eines Grenzschutzkommandos mit dem Betreff „Schlußzeiten und Verhalten in Offizierheimen, Kantinen und Kameradschaftsheimen“.

Darin ordnete dieser unter anderem an, dass die genannten Orte um spätestens 23 Uhr zu schließen seien. Die Offizierheime durften indes bis ein Uhr nachts geöffnet bleiben. Ausnahmen seien nur in besonderen Fällen zulässig, wobei auch dann die örtliche Polizeistunde<sup>1</sup> zu beachten sei. Der genehmigende Kommandeur habe allerdings eine Aufsicht namentlich festzulegen, um „Exzesse im Alkohol“ unverzüglich zu unterbinden. Bei Missachtung der Regeln müsse das jeweilige Heim gegebenenfalls vorzeitig geschlossen werden.

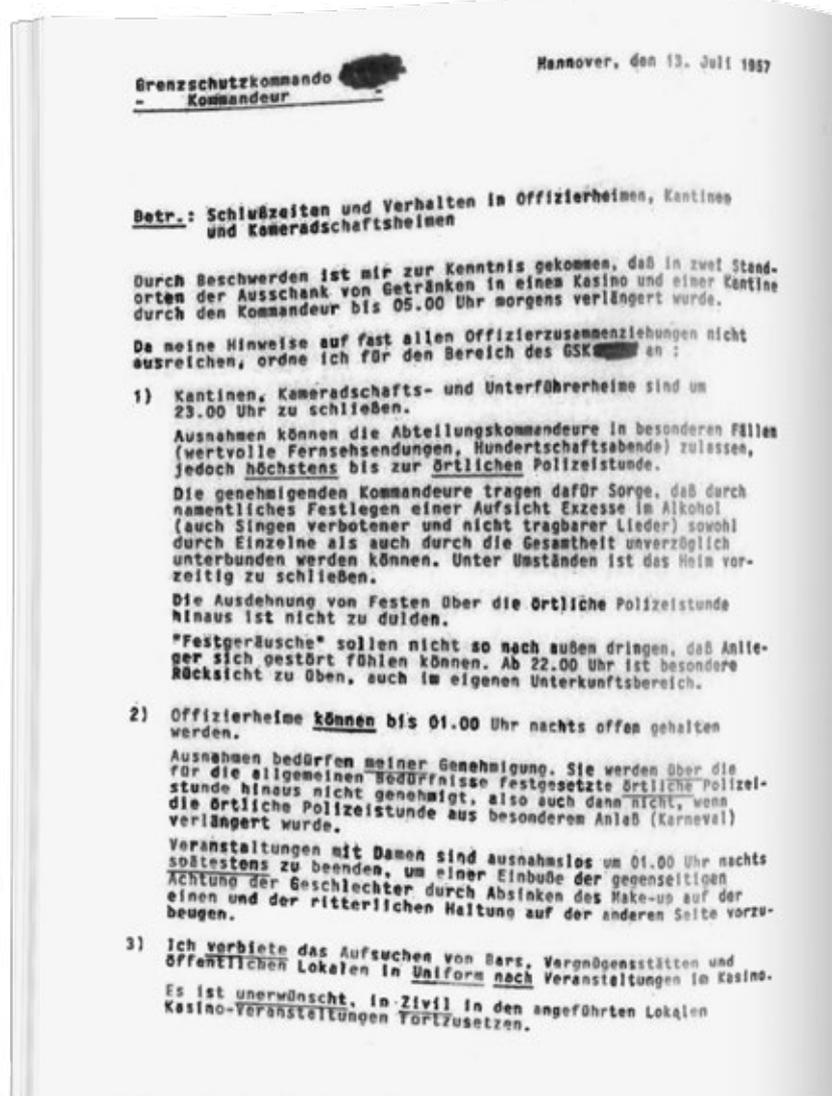
Weiterhin verbot er, im Anschluss an eine solche Veranstaltung Bars, Vergnügungsstätten und öffentliche Lokale in Uniform aufzusuchen.

Viele Bundespolizistinnen und Bundespolizisten kennen derartige „dienstliche“ Veranstaltungsstätten sicher nur noch von Erzählungen erfahrener Kolleginnen und Kollegen. Auf die Idee, sich in Uniform das eine oder andere Gläschen Bier oder gar etwas Hochprozentiges zu genehmigen, würden wohl heutzutage die wenigsten kommen. Erst recht nicht in einem öffentlichen Lokal ... Dass dies jedoch in der Vergangenheit keine Seltenheit war, ergibt sich bereits aus der Existenz des genannten Schriftstücks.

Übrigens: Vorausgegangen war dem Befehl seinerzeit eine Beschwerde darüber, dass an zwei Standorten der Ausschank von Getränken durch den Kommandeur bis fünf Uhr verlängert worden war.

Auch das ist wohl etwas, was nur der Bundesgrenzschutz noch kannte ... ■

<sup>1</sup> Gesetzlich festgelegte Uhrzeit, zu der beispielsweise Gaststätten täglich geschlossen werden mussten.





Kondolenzbild für die Kollegin und den Kollegen der Landespolizei Rheinland-Pfalz, die am 31. Januar 2022 getötet wurden. Gezeichnet und eingereicht von Sebastian Thücker, Angehöriger der Bundespolizeiinspektion Leipzig. Stellvertretend für mehr als 120 Fotos aus dem In- und Ausland, die anlässlich der Anteilnahme zu #ZweiVonUns eingereicht wurden.



[www.bundespolizei.de](http://www.bundespolizei.de)

[www.komm-zur-bundespolizei.de](http://www.komm-zur-bundespolizei.de)



**BUNDESPOLIZEI**